

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4508. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4508

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Brüsseler Konferenz.

Brüssel, 18. Dezember. Amtlicher Bericht. Die Konferenz hat die Darlegungen angehört, welche namens der deutschen Delegation gemacht wurden.

1. von Direktor De Saire über die Folgen der Anwendung der wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages auf den Wiederaufbau Deutschlands.

2. Darlegungen von Dr. Meißner über das deutsche Eigentum im Ausland und über die Anwendung des § 18 des Annexes 2 des Teiles 3 des Friedensvertrages.

3. Darlegungen des Generaldirektors Cuno über die Folgen des Verlustes der Handelsmarine für Deutschland.

4. Erklärungen des Banddirektors v. Staub über die Rückwirkung der Anwendung der Verpflichtungen des Verfallers Vertrages über die Ausgleichsamter auf den deutschen Wechselkurs.

Nachdem die deutsche Delegation sich zurückgezogen hatte, haben die Delegierten der Alliierten bestimmte Persönlichkeiten aus ihrer Mitte damit beauftragt, von den Vertretern Deutschlands nähere Einzelheiten über einige der Punkte zu beschaffen, die im Verlaufe der Sitzung zur Sprache gekommen sind.

Die Ausnahme der deutschen Vorschläge.

Paris, 19. Dezember. Der erste französische Delegierte auf der Sachverständigenkonferenz in Brüssel Sendoux erklärte dem Sonderberichterstatter des Matin: Die Deutschen haben ihre Darlegungen unterbreitet und die Vorbehalte gemacht, die sie machen müssen und die wir erwarten haben. Das Wesentliche ist, daß die Entscheidung nunmehr auf glückliche Art eröffnet worden ist. In den gelebten Verhandlungen, die jeder Delegierte mit den Deutschen haben wird, werden wir feststellen, welche wirklichen Möglichkeiten und welcher gute Wille vorhanden ist, um zu einem vorbereitenden Einverständnis zu gelangen, das gestattet, die Konferenz in Genf, die die Entscheidung treffen soll, aufzufüllen und mit Belegen zu versehen. Die Deutschen, so erklärte Sendoux, hätten eine untadelige Haltung. Sie lebten ihren Standpunkt ohne Abschweifung und ohne Spur eines aggressiven Geistes aus. Man könne nur hoffnungsvoll sein, wenn eine Konferenz ihre Arbeiten so verfolge und so führe. Der Sonderberichterstatter des Matin stellt fest, daß diese Auffassung von allen anderen Delegierten der Alliierten geteilt wird.

Nach einem Tages-Neuer-Bericht haben die Vorschläge und Anregungen des Staatssekretärs Bergmann zum Teil bereits grundsätzliche Billigung der Alliierten gefunden, während andere von vornherein verworfen worden sind. Die Hauptzahl der Vorschläge steht noch zur Besprechung. So haben zum Beispiel die Alliierten wegen der von deutscher Seite vorgeschlagenen Ziffer der Besatzungskosten beschlossen, bei ihren Regierungen darüber Verhandlungen einzuleiten, damit sie mit den deutschen Angaben vereinbart werden können.

Die Mandate über die Kolonien.

Genf, 18. Dezember. Der Völkerbundsrat hat gestern die Mandatsprojekte geprüft, die ihm von einigen Mitgliedern unterbreitet worden waren. Die Mandate sind: Samoa, das Neuseeland, Neuguinea und die anderen Inseln südlich des Äquators (Australien), Nauru (England), das frühere Deutsch-Ostafrika (Südafrika), die Inseln des Stillen Ozeans nördlich des Äquators (Japan). Nach einer Erklärung des japanischen Vertreters, der Vorbehalte über die Behandlung japanischer Untertanen in den Mandatsgebieten machte, folgte der Rat Beschlüssen über die Mandatsausübung. Eine amtliche Mitteilung bringt den Text des Beschlusses über Samoa, dessen Mandat namens Neuseeland von England ausgeübt wird. Danach haben die Mandatäre volle administrative und gerichtliche Gewalt über das Mandatsgebiet, auf das als Bestandteil des betreffenden Landes die Gesetze der Mandatäre Anwendung finden. Die übrigen Artikel des Beschlusses enthalten Bestimmungen über das Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit, abgesehen von Arbeiten, die öffentliches Interesse haben, über die Kontrolle des Waffen- und Munitionshandels, das Verbot des Handels mit alkoholischen Getränken, das Verbot von Militärinstruktion für Eingeborene außer für Polizeibedürfnisse. Ferner wird die Errichtung von Militär- oder Flottenstützpunkten und Befestigungen im Mandatsgebiet untersagt. Missionare aller Völkerbundsmitglieder haben freien Zutritt. Die Mandatäre müssen dem Rat einen Jahresbericht zu stellen, worin jede mögliche Auskunft über die Mandatsausübung erteilt wird. Alle Änderungen in den Mandatsbestimmungen bedürfen der Einwilligung des Völkerbundes. Streitfälle, die zwischen dem Mandatar und einem Völkerbundsmitglied über die Auslegung des Mandats bestehen und nicht auf dem Wege von Verhandlungen zu regeln sind, müssen einem internationalen Gerichtshof unterbreitet werden.

Gespannte Atmosphäre in Italien.

Berlin, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In Rom ist es gestern zu Kravallen im und vor dem Parlament gekommen. In Bologna hatten Nationalisten die Sozialisten angegriffen, die gegen die Anwendung demonstrieren. Als dies im Parlament bekannt wurde, bemühten sich die sozialistischen Abgeordneten eine ungeheure Erregung. Sie drangen auf den Minister des Innern ein, den sie dafür verantwortlich machten. Er wurde tätlich bedroht. Die Sitzung mußte auf 1 1/2 Stunde unterbrochen werden. Vor dem Parlament demonstrieren unterdessen Tausende von Kriegsveteranen für die Erhöhung ihrer Renten. Die Menge durchbrach den Gendarmerie-Rordon, wobei die Versammlung ihre Holzglieder als Waffen benutzten. Die Menge richtete einen Steinhaufen auf den Parlamentseingang. Revolverkämpfe fielen. Erst als eine interfraktionelle Abordnung mitteilte, daß Giolitti seinen ein Gesicht zur Verbesserung der Renten eingebracht habe, verließ sich die Menge. Im Senat kam es zu Paroxysmen bei der Beratung des Vertrages von Rapallo. Unter rasendem Beifall seiner Freunde sprach Ciano, ohne Annunzios Zustimmung, über italienische Frieden umwälzung. Dies rief Empörungskräfte hervor. Der Vortrag wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Wiedereröffnung der Berliner Hotel-Betriebe.

Berlin, 20. Dezember. (M.) Nach einer Versammlung der Hotelbesitzer am Sonnabend, in der die Lage der Gastwirte und Hotelbesitzer noch einmal eingehend besprochen wurde, wurde bekanntgegeben, daß man von den Behörden befriedigende Zusagen erhalten habe. Es wurde daher die Wiedereröffnung der Restaurations- und Hotelbetriebe empfohlen. Infolgedessen sind am Sonntag die seit sechs Tagen geschlossen gewesenen Küchen der Hotels und Restaurants am Sonntag wieder eröffnet worden.

Der Kampf um das Brünner Elektrizitäts-Werk.

Prag, 18. Dezember. Das Brünner Blatt Lidove Novino bringt Einzelheiten über die Vertreibung der Kommunisten aus dem Brünner Elektrizitätswerk in Dolan. Nach diesem Bericht ist es in der Nähe der Ortschaft zu einem regelrechten Gefecht mit Kommunisten gekommen, die nach zwei Angriffen in die Flucht geschlagen wurden. 2 Kommunisten wurden getötet, 6 verwundet, 60 gefangen genommen. Es wurden 3 Maschinengewehre erbeutet.

Sozialistenverfolgungen in Sowjetrußland.

O. E. Wie die Moskauer Zowestija, Nr. 206, mitteilt, hat die außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution (die sog. Tscheka) für die Ukraine über das Schicksal der Sozialdemokraten („Renschewiki“) entschieden, die im August in Charkow bei einer Parteikonferenz verhaftet worden waren. Von ihnen sind zehn für die Dauer des Bürgerkrieges, das heißt für unbestimmte Zeit, zu Zwangsarbeiten in einem Konzentrationslager verurteilt. Das Revolver Organ der Sozialrevolutionäre Narodnaja Dsjelo bringt ein Verzeichnis von 63 Sozialrevolutionären, die im Jaroslauer Zuchthaus zum Teil bereits das zweite Jahr in Unterjochhaft gehalten werden. Dem Blatt zufolge wagen die Sowjetbehörden nicht, die Angelegenheit vor das Gericht zu bringen, da sich nur wenigen von den Inhaftierten eine aktive politische Betätigung nachweisen ließe, und die übrigen nur ihrer Gefinnung wegen verfolgt werden könnten. Von den Häftlingen haben die meisten während der Zarenzeit als Revolutionskämpfer langjährige Zuchthaus-, Gefängnis- und Verbannungsstrafen erlitten, drei von ihnen sind auch von der Regierung als Kollaborateure verfolgt worden. Sechs sind Mitglieder der russischen Konstituante gewesen. Ein Brief von einem der gefangenen Sozialrevolutionäre, der im Blatt abgedruckt wird, schildert das Leben im Zuchthaus als ein langsames Dahinsinken und eine unerträgliche Hungerqual.

Rußland und Rumänien.

Nach einer Meldung des Moskauer Bureaus hat Tschitschery an Rumänien erneut die Bitte gerichtet, zum Zwecke von Friedensverhandlungen Ort und Datum der Verhandlungen zwischen Rumänien und Rumänien festzusetzen. Die russische Regierung betont, es sei trotz der erheblichen Befestigung der politischen und militärischen Lage der russischen Republik ihr Friedenswunsch und ihre feste Entschlossenheit, freundschaftliche Beziehungen mit den anderen Staaten anzuknüpfen, derart, daß sie bereit sei, in breitem Maßstabe die Wünsche zu erfüllen, welche die rumänische Regierung äußern könnte. Von der Zustimmung der strengen Neutralität nimmt die russische Regierung Kenntnis, bittet jedoch Rumänien um genaue Mitteilungen über die bewaffneten Kräfte der Gegenrevolution, die von den rumänischen Behörden entwaffnet wurden.

Das irische Somerville-Gesetz.

London, 20. Dezember. (M.) Eine außerordentliche Sitzung des Ober- und Unterhauses beschäftigte sich mit der Gesetzesvorlage über die Somerville. Die Regierung erklärte, daß die vom Oberhaus angenommene Forderung, die ganze Bedeutung des Gesetzes geändert hat. Die letzte Oberhausänderung würde aus Irland eine ständige Kronkolonie machen. Ferner hat das Oberhaus innerhalb zweier Jahre dafür zu sorgen, daß eine neue Abänderung erfolgen soll. Irland würde dann in Gestalt, daß Nordirland die Somerville haben würde, während Südirland als Kronkolonie regiert wird. Da das gegenwärtige irische Parlament nur bis 1924 Sitz hat, schloß die Regierung vor, für drei Jahre einen Versuch mit dem Abänderungsparagrafen zu machen. Bei Ablauf des Parlaments hätte das neue Parlament dann wenigstens nicht die schwere Erbschaft eines neuen Somervillegesetzes zu übernehmen.

Dublin, 18. Dezember. Gestern sind amtliche Angaben über die Verluste des Militärs und der Polizei in Irland veröffentlicht worden. Vom 1. Januar bis 11. Dezember wurden 169 Polizisten und 52 Militärpersonen getötet, 245 Polizisten und 1108 Militärpersonen verwundet. — Am Freitag drangen englische Truppen in das Karmeliter-Kloster ein und nahmen dort eine Hausdurchsuchung vor, desgleichen im Franziskaner-Kloster. Vater Dominik, der Reichsvater des Bürgermeisters von Cork, wurde verhaftet.

Abberufung des englischen Gesandten in Athen?

Paris, 18. Dezember. Wie das Echo de Paris meldet, soll der englische Botschafter Lord Hardinge gestern nachmittag im Einzel mitgeteilt haben, daß die Abberufung des englischen Gesandten, sowie der Militär- und Marine-Mission in Athen erfolgt sei. — Nach einer späteren Meldung sagt das Blatt, daß an dem Widerstand der italienischen Regierung der Plan gescheitert ist, die Gesandten Frankreichs, Englands und Italiens in dem Augenblick aus Athen abzurufen, in dem König Konstantin dort seinen Einzug hält.

Der Traum von deutscher Demokratie

Die Reichstagswahl im Sommer dieses Jahres brachte eine erfreuliche Klärung der politischen Situation in Deutschland. Mit aller Deutlichkeit zeigte sie den Abmarsch großer Wählermassen nach rechts und nach links. Die Abkehr breiter Schichten von der verschwommenen Politik der Mittelparteien. Große Massen der Arbeiter vollzogen die Trennung von den Rechtssozialisten, die sich durch ihre Kriegs- und Durchhaltepolitik und ihre verhängnisvolle Koalitionspolitik nach der Revolution als unfähig zu einer Politik erwiesen hatten, die das Klasseninteresse des Proletariats erforderte. Andererseits schloßten die bürgerlichen Schichten aus dem Lager der demokratischen Partei, in dem sie sich nach der Revolution zusammengefunden hatten. Sie kehrten zurück in die Reihen der bürgerlichen, reaktionären Parteien, aus denen sie gekommen waren. Damit wurde nicht nur eine Klärung der Situation herbeigeführt, sondern es wurde zugleich einer politischen Ullage ein Ende gemacht, der weiterverbreiteten Ullage nämlich, als gäbe es in Deutschland tatsächlich eine starke bürgerlich-demokratische Partei, die bereit sei, tatkräftig an einer freibleibenden Entwicklung und einer Demokratisierung Deutschlands zu arbeiten.

Es bedarf keines Beweises, daß das deutsche Bürgertum vor der Revolution nie demokratisch gewesen ist. Das wird schon durch die einfache Tatsache bestätigt, daß vor der Revolution, zu einer Zeit also, als die Junkerreaktion in Deutschland herrschte und für eine wahrhaft demokratische Partei ein weites Arbeitsfeld vorhanden war, in Deutschland keine demokratische Partei existierte. Erst nach der Revolution, als das Proletariat einen großen Teil der demokratischen Forderungen verwirklicht hatte, erschien die deutsche demokratische Partei auf der Bildfläche. Sie wurde bei den Nationalparlamentwahlen die zweitstärkste bürgerliche Partei, die fast ebenso stark war, wie die alte Zentrumspartei. Aber schon anderthalb Jahre später zeigte es sich, wie es in Wirklichkeit um die demokratische Ueberzeugung dieser November- Demokraten bestellt war. Drei Fünftel der demokratischen Wähler ließen bei den Wahlen im Juni dieses Jahres das Banner der Demokratie treulos im Stich. Und was von der demokratischen Grundhaltungen der übrig gebliebenen zwei Fünftel zu halten war, hat ihre Tätigkeit in der Koalitionsregierung mit aller Deutlichkeit offenbart. Heute muß es auch politisch Blinden klar geworden sein, daß von dieser Sorte Demokraten eine Demokratisierung Deutschlands nicht erwartet werden darf. Dafür haben die Verhandlungen des demokratischen Parteitags, der in diesen Tagen in Nürnberg abgehalten wurde, neue Beweise geliefert. In großen Worten und schönen Reden über Demokratie hat es freilich auf dieser Tagung nicht gefehlt. Aber alle die brühenden Worte können doch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die oft mit so großer Begeisterung abgelegten Bekenntnisse zur Demokratie doch nur Lippenbekenntnisse, zum Teil wohl auch Selbsttäuschungen sind.

Das zeigte schon die große Rede über die politische Lage, mit welcher der Vorsitzende der Partei, der Senator Dr. Petersen, die Verhandlung einleitete. Er redete viel von Demokratisierung. Er forderte die „Durchführung von Volk und Staat mit dem demokratischen Gedanken der Gerechtigkeit“. Die Ausgestaltung zu einer großen demokratisch-republikanischen Partei müsse das politische Ziel bleiben, weil Deutschland eine solche Partei dringend nötig brauche. Unverrückbar auf dem Boden der Republik stehend, müsse diese Partei eine gesunde, starke nationale und soziale Politik treiben. Wenn man aber den Kern der langen Rede herausfährt, so bleibt eigentlich als positives Ergebnis nur das Bekenntnis zu „unser überlegen Wirtschaftsordnung“. Diese habe bewiesen, daß sie auch geeignet sei, die Arbeiterklasse in ihrer Lebenslage zu heben. Der alte liberale Manchestermann kommt also nach zum Vorschein, wenn man den bunten blumigen Schleier hinwegzieht. Wie die Demokratisierung Deutschlands und der „Wiederaufbau der Welt“, der nach einer Aeußerung des zweiten Referenten, Ruschke, die wahre Aufgabe der Demokraten aller Länder ist, kann man sich nach diesem demokratischen Bekenntnis leicht vorstellen. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, erscheint auch das Versagen des ehemaligen Staatsministers Dr. Preuß nach vollständiger Freiheit und freier Bewegung im Innern als ein Ausfluß der alten liberalen Denkweise, die letzten Endes auf nichts andres als die Freiheit des Kapitalismus auf ungehemmte Ausbeutung der Arbeiterklasse hinausläuft. Wie sehr der alte liberale Manchestergeist die Nürnberger Verhandlungen durchweht, geht auch aus einer Aeußerung des Abgeordneten Dr. Bäumer hervor, die in der Debatte über die Wirtschaftsfrage äußerte: „Wir dürfen uns nicht zurückziehen auf ein Manchesterium, unter dem schon einmal die Demokratie Schiffbruch gestitten hat.“

Wie nahe man in Wirklichkeit diesem neuen Schiffbruch der Demokratie ist, bewies u. a. auch die Rede des Reichswehrministers Dr. Gehler, der über die „Demokratisierung des Heeres“ höchst merkwürdige Anschauungen entwickelte. Selbst das

demokratische Berliner Tagesblatt *Proletar*, das die Erörterungen über die Demokratisierung des Heeres nicht befriedigend waren. Trotzdem aber erklärte sich der Parteitag ausdrücklich mit den Ausführungen Geylers einverstanden. Besonders erwähnenswert waren auch die Äußerungen des Reichsministers Koch, der über das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei sagte, daß man sehr wohl ein Stück mit dieser Partei zusammengehen könnte, daß aber „eine Heirat noch nicht am Platze“ sei. Im übrigen lehnte aber der Parteitag den aufgetauchten Gedanken einer weiteren Annäherung an die Stinnespartei ab, indem er beschloß, daß die Partei „auf dem Boden der demokratischen Republik unabhängig von Parteigruppierung rechts und links“ zu arbeiten habe. — Der Tag der Hochzeit ist noch nicht gekommen.

Deutlicher noch als in der allgemeinen politischen Aussprache offenbarte sich der wahre Charakter der demokratischen Partei bei der Erörterung der Wirtschaftspragen, die auf dem Parteitag einen breiten Raum einnahm. Wenn der Referent, Kommerzienrat *Wiesland*, über die Not der deutschen Wirtschaft sagte, daß das Volk, betört von der Flut papierner Noten, „am Rand des Abgrunds vom Genuß zur Begierde taumle“, so erklärte sich das wohl aus dem Willen, in dem der Herr Kommerzienrat lebt. Die breite Masse des Volkes befindet sich sicher nicht in diesem Taumel des Genießens. Selbstverständlich trat der Herr Kommerzienrat für die freie Wirtschaft ein. Er behauptete, die Zwangswirtschaft sei die Mutter des Schlebers- und Wuchertums, wozu zu bemerken ist, daß es Wucher allerdings längst gegeben hat, ehe man in Deutschland an die Zwangswirtschaft dachte. Gerade der Wucher ist eine beständige Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaft. Nur gehen bezüglich der Meinungen darüber ziemlich weit auseinander, wo das „reelle“ Geschäft aufhört und der Wucher beginnt. Sozialisierung und Kommunalisierung lehnte der Referent natürlich grundsätzlich ab, denn die „selbsttätigen und verantwortlichen Unternehmerpersönlichkeiten müssen erhalten bleiben“. Die Arbeiter aber müssen sich nach der Auffassung des Herrn Kommerzienrats damit abfinden, daß sie wieder länger arbeiten müssen, denn der „Mischludentag darf kein starres Dogma“ sein. Der demokratische Herr Kommerzienrat findet es also ganz selbstverständlich, daß letzten Endes die Arbeiter alle Kosten des Wiederaufbaus zu tragen haben. Wenn nach ihm Dr. *Walter Rathenau* darauf hinwies, daß es schon viele Länder gegeben habe, in denen gute Geschäfte gemacht wurden, während die Bevölkerung gleichzeitig hungerte“, so hat der Herr Kommerzienrat *Wiesland* bewiesen, daß das nach der Auffassung gewisser Demokraten auch in Zukunft ähnlich sein soll. Rathenau entwickelte im übrigen seine bekannten schon oft erörterten Pläne über den Aufbau und die künftige Gestaltung des Wirtschaftslebens, die darauf hinauslaufen, die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage zu rationalisieren, auf eine „Sozialisierung“ nach Stinneschem Muster. Eine wirkliche Sozialisierung lehnt natürlich auch Rathenau ab.

In der ausgeführten Aussprache wurden die Rathenauschen Pläne mehrfach als schon zu weitgehend abgelehnt. Von einem Redner wurde auch eingewandt, daß derartige Vorschläge gegen den Gedanken der wirtschaftlichen Demokratie verstießen. Ein Delegierter, Dr. *Vogelstein*, meinte übrigens, der Sozialismus sei für absehbare Zeit erledigt. Entsprechend der immer wieder zum Durchbruch kommenden alten liberalen Auffassung war der Grundton aller Ausführungen: an dem heiligen Privateigentum darf nicht gerüttelt werden. Er wünschenswert sind noch die Ausführungen des Abgeordneten *Gotheln*, der sich gegen die „Ubertreibung der Erbschafts- und Steuermethoden“ wandte die einer Vernichtung des Kapitals nahe kämen. Dabei mußte Gothein selbst eingestehen, daß es merkwürdig ist, daß die fälligen Vermögenssteuern noch nicht einmal eingezogen sind. Der christliche Arbeitersekretär *Erkelenz* war überzeugt, daß den Ideen Rathenaus die Zukunft gehöre. Er glaubt, daß auf dieser Grundlage etwas Volkswohlendes gefunden werden könnte, womit der Kampf gegen den Sozialismus erfolgreich aufzunehmen sei.

Abgesehen von der einmütigen Ablehnung der Sozialisierung aber zeigte die ganze Wirtschaftsdebatte keine zirkuläre einheitliche Tendenz, und man muß dem bayerischen Handelsminister Hamn recht geben, der meinte, die Aussprache habe mehr Fragen als Antworten gebracht. Das ist nicht verwunderlich. Wie alle bürgerlichen Parteien wollen auch die Demokraten nach der kapitalistischen Methode die Wirtschaft wieder aufbauen und in Gang bringen. Das bedeutet aber nichts anderes, als nach der berühmten Methode Münchhausens sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf herausziehen zu wollen.

Aus den weiteren Verhandlungen des Demokratentages ist noch hervorzuheben die Behandlung der Schulfrage, die mit der Annahme einer Resolution endete, in der betont wird, daß es Aufgabe der demokratischen Politik ist, „die Werte der Religion und des religiösen Gemeinschaftswesens im Volke taftkräftig zur Geltung zu bringen“ und die Simultanschule als die geeignetste empfohlen wird. Also ein Bekenntnis zur weltlichen Schule — die Religion — wohl etwas modernisiert — soll dem Volke erhalten bleiben.

So bestätigen also die Verhandlungen des demokratischen Parteitages, was wir einleitend gesagt haben. Auch die deutsche demokratische Partei ist keine wahrhaft demokratische Partei in dem Sinne, daß sie bereit und fähig wäre, eine wirkliche Demokratisierung Deutschlands in die Wege zu leiten. Auf politischem Gebiet hat sie sich als durchaus unzuverlässig erwiesen und sie kommt über unzulängliche Halbheiten nicht hinaus. In den Wirtschaftspragen bewegt sie sich ganz in den Bahnen, die ihre liberalen Vorgänger gewandelt sind. Die Demokraten können aus ihrer kapitalistischen Haut nicht heraus und müssen deshalb vor allem jeden Sozialisierungsgedanken bis zum äußersten bekämpfen. Auf kulturellem Gebiet erweist sich die Partei als Helferin der kirchlichen Dunkelmänner. Die Periode der bürgerlichen Demokratie ist eben vorüber, wenngleich sie nach der Versicherung der Demokraten in Deutschland erst beginnen soll. In der Zeit der auf die Spitze getriebenen Klassengegensätze und der mit der brutalsten Rücksichtslosigkeit geführten Klassenkämpfe ist eine Verständigung zwischen Bourgeoisie und Proletariat noch weniger möglich als früher. Der demokratische Glaube an die Möglichkeit einer Überbrückung der Klassengegensätze ist nur ein Traum. Die nenerbaute Verbindungsbrücke, die nach einem demokratischen Blatt die demokratische Partei sein soll, ist bereits geborsten. Die heute noch stehenden Ueberreste werden durch die Wogen der kommenden revolutionären Kämpfe bald hinweggeschwemmt werden.

Der Schwurgerichtsprozess gegen die Mörder von Thal-Mechtersfeld.

In der

Donnerstags-Sitzung

machte zunächst der Zeuge Hauptmann *Meyer* Bekundungen über die Aufstellung des studentischen Selbstschutzes. Er macht dabei die interessante Mitteilung, daß in den Rapptagen eine Kommission, an deren Spitze Prof. *Hermeling* stand, bei der Militärbehörde erschienen und erklärte, daß das Marburger Studentenkorps einseitig politisch organisiert sei, nämlich rein reaktionär. Die Kommission hat um die Erlaubnis, ein auf dem Boden der Republik stehendes Korps bilden zu dürfen. Das wurde zugestanden, aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieses Korps auf dem Boden der alten Regierung zu stehen und zu deren Schutz für Ruhe und Ordnung zu sorgen habe.

Das Korps, das die Erschießungen vornahm, galt also schon den Rappstern als antirepublikanisch. Man kann sich denken, mit welchen Absichten diese Studenten gegen die Thüringer Arbeiter zogen! Der Fußwachtmeister *Weil* aus Thal behauptet, es sei bei den Verhaftungen in Thal „alles gemächlich zugegangen“. Die Verhafteten hätten fast alle zugestimmt, an dem Aufstand teilzunehmen. Nur *Rößiger* erklärte, er sei zwar organisiert, bestreite aber, an der Unternehmung im Hirsfeldgrund beteiligt gewesen zu sein. Dagegen gab *Jändner* zu, eine Art Kompanieführer gewesen zu sein.

Der furchtbare Spartakisten-Anstand.

Schultheiß *Duh* aus Sättelstedt erklärt: „Es war immer die Rede davon, daß die Industriearbeiter aus Ruhsa die Absicht hätten, die Bauerngüter in unserer Gegend auszuplündern. Darauf wurde eine Bürgerwehr gegründet und Waffen für dieselbe verlangt. Wir bekamen sie aber nicht. Am 14. März kam ein Trupp von 80 bis 100 Arbeitern aus Ruhsa und Thal in geschlossenem Zuge an und verlangte die Waffen der Bürgerwehr, da sie gebraucht würden. Wir hatten aber nur Jagdgewehre. Darauf wurde erklärt, das sei einseitig, alles müsse herausgegeben werden. Der Führer des Trupps, *Hornschuh*, setzte einem Bürger einen Revolver auf die Brust, weil er sich weigerte, Waffen auszuliefern. Auch in anderen Orten fanden Hausdurchsuchungen nach Waffen statt. Am 23. März verlangte ein Arbeitertrupp Lebensmittel für 70 Mann. Als dann die Zeitschriften erschienen, wurden sie mit Freuden begrüßt. Wir hatten keine Klagen über sie.“

Zeuge Hauptmann *Meyer* tritt vor und erklärt, es könne keinen Zweifel geben, daß eine Rote Armee in Thüringen zumindest in ihren Anfängen organisiert war. Es wurde exerziert und Waffenübungen abgehalten. Ein Unabhängiger erschien bei uns und erklärte, er hätte 60 000 Mann zur Verfügung. Wir lachten ihn aus, aber es ist doch zweifellos, daß eine Rote Armee im Entstehen begriffen war.

Schultheiß *Weißart* aus Meckersfeld: Am 29. März sind bewaffnete Arbeiter im Ort erschienen und haben die Ausgänge besetzt. Ihr Führer, der Landtagsabgeordnete *Greif*, verlangte Lebensmittel und Stroh für ein Lager.

Arbeiter *Albert Hartmann* aus Thal, dessen Sohn auch erschossen worden ist, bekundet, daß ihm mitgeteilt worden sei, daß die Verhafteten am nächsten Morgen erschossen werden sollten. Er habe mit seiner Tochter sich sofort in großer Aufregung nach Gotha aufgemacht. Als er durch Meckersfeld kam, fand er Leichen auf dem Felde liegen, unter ihnen auch seinen Sohn. Auf eine Frage des Verteidigers, sagt der Zeuge, er habe seinen Sohn wiederholt genannt, der Rote Armee beizutreten. Diese Räuberbanden würden ihm nur Unglück bringen. Er habe nach der Erschießung allerdings zu einem seiner Kameraden gesagt, seinem Sohn sei ganz recht geschehen. Schon als Matrose hätte er nichts getaugt und habe an den Schweinereien bei der Marine mit teilgenommen. Wahrscheinlich wäre er in Gotha doch erschossen worden.

„Die sind erledigt.“

Nach kurzer Pause bekundet Eisenbahnarbeiter *Seih* aus Meckersfeld, daß er morgens durch Gewehrschüsse aufgeweckt worden sei. Er ging auf das Feld und fand zwei Leichen, deren Gesicht vollständig zertrümmert und die entsetzlich zugerichtet waren. Bei einer Leiche fiel ihm auf, daß sie auf dem Rücken liege, mit dem Kopf auf der Straße und mit gestaketen Händen.

Es folgte eine Gruppe von Telegraphenarbeitern, die Kommandiert waren, die zerstörten Telegraphenleitungen herzustellen. Sie stiegen an dem Bahnhof in Meckersfeld aus und gingen an den Freiwilligenkolonnen vorbei. Auf der Straße, 10 Meter entfernt, sahen sie zwei Leichen. Es war zwar neblig, aber man konnte doch ganz gut sehen. Zwei weitere Leichen lagen bei der Straße am Wassergraben. Dann 20 Meter von der Straße entfernt, in Abständen von 5 Metern, vier weitere Leichen. Als sie ein Stück weitergingen, stiegen sie auf einen Trupp von 8 Gefangenen, die, umringt von Soldaten, stiffe standen und die Hände über dem Kopf hielten. Auf Kommando mußten sie Rechts- und Linksrum machen und wurden dabei angelächelt. Als sie weitergingen, hörten sie Schüsse fallen. Bald darauf kam die Begleitmannschaft ohne Gefangene an ihnen vorbei. Auf die Frage, was sie mit den Gefangenen gemacht hätten, sagten die Soldaten: „Die sind erledigt.“

Postbote *Diedmann* hat ebenfalls auf der Straße die Begleitmannschaft getroffen. Sie zogen singend an ihm vorbei. In unserer Arbeitsstätte sagte der *Wirt*, bei dem wir einquartiert waren, die Reichsmehr ist nicht so schlimm, aber die Marburger Studenten haben gesagt, sie würden „saubere Arbeit“ machen, man solle die Räumungsarbeiten nur ihnen überlassen.

In ähnlicher Weise bekunden mehrere andere Telegraphenarbeiter, daß die Marburger Studenten mit Gesang vorbeikamen, und daß die Gefangenen herumkommandiert worden seien. Die Zeugen sagen weiter übereinstimmend, daß Nebel zwar vorhanden, daß man aber 100 bis 150, zeitweise sogar bis 200 Meter weit sehen konnte. Vier Leichen hätten dicht nebeneinander auf dem Felde gelegen. Der Telegraphenarbeiter *Georg Schmidt* hat beobachtet, daß von dem letzten Gefangenentransport einige meinten, während sie Freiübungen machen mußten.

Die Studenten haben „nichts von Mißhandlungen gesehen“!

Es folgt dann eine weitere Zeugengruppe von Marburger Studenten, die zunächst auf Antrag des Staatsanwalts wegen eventueller Beteiligung unter Aussetzung der Beerdigung vernommen werden. can. med. *Walter Jonas* erzählt von Goebel den Transport der Meckersfelder Gefangenen zeitweilig übergeben. Er hat nichts von Mißhandlungen gesehen.

Vorsitzender: Der Zeuge *Barz* behauptet: Sie hätten ihn geschlagen.

Zeuge: Ich habe die Gefangenen immer gut behandelt und weiß von nichts.

Zeuge *Barz*: Dieser Mann ist es gewesen, der mich mit dem Gewehrstoßen geschlagen und gleichzeitig mit dem Stiefel mit einem Tritt in die Hüfte gegeben hat. Ich berufe mich auf den Zeugen *Hönemann*, der bei mir war. Zeuge *Hönemann*: Ich habe nichts gesehen, solange ich neben *Jonas* ging. Zeuge *Barz*: Dieser Zeuge ist viel später zu uns gekommen und sagte gleich: Du Hund bist ja gegen uns Patrouille gegangen. Gegen den Widerspruch des Staatsanwalts behält das Gericht auf Antrag des Verteidigers, den Zeugen *Jonas* zu verurteilen.

Die Studenten wollen auch nicht gefangen haben!

Der Zeuge *Stud. med. Volkmar* bekundet über den angeblichen Flußüberfall in der schon bekannten Weise.

Staatsanwalt: Nachdem die Gefangenen erschossen waren, sind die Studenten singend weitergegangen. Zeuge (stehend): Davon kann keine Rede sein. Staatsanwalt: Zeugen haben das aber bekundet. Zeuge: Solange ich bei der Kolonne war, ist nicht gesungen worden.

Staatsanwalt *Dr. Sauer* begründet darauf seinen Antrag, diesen und die folgenden Zeugen nicht zu verurteilen, näher, daß die Zeugen nicht geschossen haben, beruht nur auf ihrer Behauptung. Wenn es richtig ist, daß sie einen Haß gegen die Gefangenen

hatten, dann sind sie einverstanden gewesen und sind als Mitglieder der oder mindestens Teilnehmer verächtlich. Das Gericht schließt sich indes dem Standpunkt der Verteidigung an und hält die Zeugen der Teilnahme nicht verdächtig, sondern verächtlich.

Eine ganze Reihe von dieser Zeugengruppe befindet in gleicher Weise. *Stud. jur. Pollat*: Nach den Erschießungen ist nicht gefangen worden. Die Stimmung war erregt, aber es war kein Anlaß zu jubeln. Zeuge *Stud. jur. Goery* der von *Barz* befragt wird, auch gestochen zu haben, erklärt: Ich habe die Anklagechrift auch bekommen, aber es ist nicht wahr, daß ich gestochen habe. Zeuge *Barz*: Mir hat der Zeuge den Gewehrstoßen ins Kreuz gestochen. Das kann mir keiner bestreiten. Wenn die Studenten ableugnen, die hier die Wahrheit bestreiten, dann soll bei lebendigem Leibe ihnen der Finger verkauft. Der Vorsitzende droht dem Zeugen mit Strafe wegen Ungehorsam, wenn er wieder solche Redensarten macht.

Die Mißhandlungen.

Zeuge *Klempner Theobald Meerbach* aus Meckersfeld war mit seinen beiden Söhnen gefangenengenommen worden. Einer der Zeitschriftlichen sagte, ich werde euch genau so behandeln, wie mich die Spartakisten in Halle behandelt haben. Wir mußten *Lauschritt* machen. Einer sagte: „Am besten ist es, man sagt ihnen gleich eine Kugel durch die Kehle.“ Wir mußten auch *Kniebeugen* machen. Wer nicht tief genug die Knie beugte, bekam „Fußspigen“. Einer rief wieder: Ihr Schweine, was wollt ihr denn. Einigen jungen Gefangenen wurde *Schmuck ins Gesicht* gestochen. Da den Soldaten mitgeteilt wurde, daß ich unschuldig sei, wurde ich anständiger behandelt. Bei den andern ging es lebhafter zu. Zwei Eisenhaken und meine beiden Söhne wurden ebenfalls geschlagen. Schließlich sprang der Feldwebel der 6. Kompanie hinzu und sagte: Die Gefangenen gehören zu uns, es darf sich da keine heimlichen geben. Dann erst bekamen wir Ruhe.

Zeuge *Stud. jur. Weber*: Das letztere stimmt. Vorsitzender: Dann müssen Sie doch auch die Mißhandlungen gesehen haben. Zeuge *Weber*: Ich kam hinzu, als die Gefangenen exerzieren mußten.

Zeuge *Seiffert*, ein achtzehnjähriger Arbeiter aus Meckersfeld, bekundet, daß er *Kolbenlöcher* in die Seite bekam, weil sein Vordermann falschen Tritt hatte und die Soldaten glaubten, er habe falschen Tritt. Die Eisenhaken und die andern bekamen mehrere *Kolbenlöcher*. Staatsanwalt: Wurden Sie von der Strafe gedrängt? Zeuge: Ja, einer der Soldaten warf uns *Schmuck ins Gesicht* und sagte: Ihr sollt hinuntergehen. Wir taten es aber nicht.

Ein Sachverständiger.

Darauf wurden sämtliche Zeugen entlassen. Zum Schluß der Sitzung wurde noch der Sachverständige *Dr. Rind* vernommen, der sieben Leichen gesehen hat. Staatsanwalt: Können Sie nach der Lage der Leichen mit Sicherheit sagen, daß die Leute von hinten und auf der Flucht erschossen sein müssen? Sachverständiger: Ich bin von der linksradikalsten Presse und selbst von vornehmen Blättern der Linken in scharfer Weise angegriffen und als medizinischer Rindskopf bezeichnet worden, weil ich die Ansicht vertreten habe, daß die Leute nach ihren Verletzungen und nach der ganzen Lage nur auf der Flucht und auf größter Entfernung erschossen sein können. Dafür spricht die Tatsache, daß alle sieben mit dem Kopfe in der Fluchtstellung nach Gotha gefallen waren. Nach dem Geschehe der Schwerefall kann man nur annehmen, daß die Leute in voller Bewegung befindlich waren, als sie von den Geschossen getroffen worden sind, keinesfalls aber im Stehen erschossen wurden.

Streitkräfte der Gegenrevolu n.

Die Prager antibolschewistische Zeitung *Wolfa Rosska* meldet aus Paris, daß ein neuer Plan *Bermontis*, eine neue Armee gegen Sowjetrußland mit Hilfe der Entente aufzustellen, beraten werde. Sie berichtet, daß ihm folgende Streitkräfte zur Verfügung stehen:

Ueberreste von General <i>Bredows</i> Armee in Polen	12000 Mann
Ueberreste von <i>Karl Lievens</i> Division	2000 ..
Ueberreste der Westarmee	10000 ..
Ukrainische Gefangene in Deutschland	40000 ..
Ueberreste von <i>Bermontis</i> Armee	5000 ..
Ueberreste von <i>Bergoloffs</i> Armee	5000 ..
General <i>Glatenapps</i> Division	2000 ..
General <i>Wollens</i> Division	1000 ..
Organisierte Divisionen von Sowjetgefangenen in Deutschland	20000 ..
Balten	15000 ..
Ueberreste der baltischen Landwehr	5000 ..
Bauerndivisionen	20000 ..
	137000 Mann

Uns interessiert daran besonders die Spekulation auf die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland, unter denen nach dieser Meldung mehrere Divisionen organisiert sein sollen. Das ist die Bekämpfung einer anderen Meldung, daß russische Kriegsgefangene in Deutschland zu einer Division gegen Sowjetrußland aufgestellt werden. Der Vorstoß der Deutschnationalen im Reichstag gegen die angebliche Vergewaltigung der russischen Kriegsgefangenen durch die russischen kommunistischen Vertreter gewinnen dadurch erhöhte Bedeutung — er war offenbar bestimmt, dieser Werbe- und Organisationsstätigkeit der russischen Gegenrevolutionäre die Bahn völlig frei zu machen. Das ist eine Gefahr nicht bloß für Sowjetrußland, sondern auch für Deutschland, denn diese gegenrevolutionären Horden sind in ihrer Art international, das heißt sie lassen sich überall gegen das revolutionäre Proletariat gebrauchen. Die Reichsregierung kehrt diese rechtsrussische Werbetätigkeit auf deutschem Boden nicht oder besser will sie nicht sehen. Minister *Simons* erklärt, daß es eine Wrangeleandtschaft in Deutschland nicht gibt. Das ist nichts als Vertuschpiel!

Kosten des Völkerbundes.

Genf, 17. Dezember. In der heutigen Nachmittagsitzung der Völkerbundversammlung wurde bei der Beratung des Budgets des Völkerbundes sowie des Kommissionsberichts über die Verteilung der Kosten auf die einzelnen Mitglieder die Höhe der Gehälter bemängelt. Das Gehalt des Generalsekretärs mit 200 000 Frank in Gold stehe in keinem Verhältnis zu den Ministergehältern der einzelnen Staaten. *Balfour* (England) wies diese Kritik zurück. Dann wurden sämtliche Anträge der Kommission angenommen. In der Schlußabstimmung wurde das Budget des Völkerbundes mit 21 Millionen Frank für 1921 angenommen. Zum Schluß wurde dem Antrage der Kommission, sämtliche Mitglieder der fünf neu aufgenommenen Staaten an der morgigen Sitzung teilnehmen zu lassen, zugestimmt.

Die dritte Kommission beschloß, bei der Versammlung zu beantragen, den Richtern beim Internationalen Gerichtshof folgende Gehälter auszuleihen: Dem Präsidenten des Gerichtshofes 60 000 holländische Gulden, den übrigen Richtern, Vizepräsident einbezogen, 35 000 Gulden im Jahre. Die Mitglieder des Gerichtshofes erhalten für die Ausübung ihres Amtes eine Tageszulage von 100 holländischen Gulden, der Vizepräsident eine solche von 150 Gulden für die Amtsstätigkeit im Haag. Er erhält ferner eine besondere Zulage von 50 Gulden pro Tag, wenn er den Präsidium vertritt. Die beizuhaltenden Richter erhalten 150 Gulden täglich im Dienste außerhalb des Haag und 200 Gulden im Haag.

Genf, 17. Dezember. Der Völkerbundrat hat General *Hasting* zum Oberkommissar von Dänzig für die Dauer eines Jahres ernannt.

Kommunistische Bescheidenheit.

Die aus der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs ausgeschiedene „Sozialistische Arbeiterpartei“ ist mit der kommunistischen Partei in Verhandlungen getreten, die vollständige Uebereinstimmung auf der Grundlage der Moskauer Internationale ergaben. Der Berliner „Internationale“, die tagtäglich jede Belanglosigkeit, die sich zugunsten der Kommunisten und ihrer Internationale deutet, in großer Aufmachung bringt, setzt auch diese Meldung ihren Lesern in Fettdruck vor. Die soeben vollzogenen Bezirksarbeiterwahlen in Wien geben einigen Aufschluß über die „Stärke“ dieser in „vollständiger Uebereinstimmung“ mit den Moskauer stehenden Roten Freien Gruppe. Nach dem vorläufigen Wahlergebnis erhalten nämlich die Sozialdemokraten 98 Prozent, die Kommunisten 5 Prozent und die aus der Sozialdemokratie ausgetretene Linke noch nicht 2 Prozent der Mandate. Wahlberechtigt waren nur gewerkschaftlich oder politisch organisierte Arbeiter und Angestellte.

Die Wahlen im Abstimmungsgebiet Marienwerder.

Aus dem Abstimmungsgebiet Marienwerder liegen nun die Endzahlen der Wahlergebnisse vor. Gewählt sind in vier Städten und elf Landgemeinden insgesamt 65 USP.-Vertreter. Im Stadt- und Landkreis Elbing sind circa 80 USP.-Genossen in Magistrat, Stadtverordnetenversammlung und Gemeindevertretungen tätig, so daß in dem kleinen Stück Westpreußen, das rechts der Weichsel deutsch geblieben ist, die USP. über rund 150 Vertreter verfügt.

Bau eines Rhein-Maas-Kanals.

Nach einer Meldung aus dem Haag hat die holländische Regierung der Kammer einen Gesetzentwurf zum Bau eines Rhein-Maas-Kanals vorgelegt. Der Kanal soll von Bracht (10 Kilometer nördlich Maastricht) bis Maastricht, der Maas folgend, und von dort in östlicher Richtung zum Rhein führen. Er würde etwa 15 Kilometer nördlich nach verlaufen. Der Bau der auf deutschem Gebiet gelegenen Strecke würde durch Deutschland erfolgen. Mittels soll durch einen Stichkanal nach Maastricht angeschlossen werden. — In nachgebenden Bremer Kreisen befürchtet man dadurch eine wirtschaftliche Gefahr für die deutschen Seehäfen. Diese müßte dadurch beseitigt werden, daß so schnell wie möglich eine deutsche Kanalverbindung zwischen dem Rheinland, Westfalen und den deutschen Seehäfen in der Form des bekannten Straßburger-Canals geschaffen wird.

Fortsetzung des Bandenkrieges in der Ukraine.

Kiew, 18. Dezember. (D. E.) Obgleich bolschewistische Fraktionäre unläufig die unmittelbare bevorstehende völlige Vernichtung der Streiktruppe Machnos gemeldet hatten, geht der ukrainische Bandenkrieg, wie zu erwarten war, ununterbrochen weiter. Die Petersburger Prawda bringt ergänzende Meldungen zu der Nachricht der Moskauer Presse, daß sich die Anhänger Machnos mit den Anarchisten vereinigt hätten. Das Blatt teilt mit, daß die Zweigstelle der Unzerbrechlichen Kommission (Tscheka) in Charkow die Fäden der Verschwörung in der Hand halte. Die Machno-Deute veranstalten Streiks in den Städten, erschlagen die Beamten des Verwaltungswesens und vertreiben die Sowjetvertreter aus den Dörfern. Machno verlange nach wie vor Autonomie für seine Verwaltungsorgane. Als Machno zur Roten Armee überging, habe er sich zum Ziel gesetzt, der Roten Armee im Rücken Schwierigkeiten zu bereiten. Abteilungen Machnos seien jetzt wieder im Koltawischen und Zlatopolawischen Gouvernement aufgetaucht.

Japanischer Protest gegen die Konzessionen im Nordosten.

Moskau, 15. Dezember. Die Regierung hat Kenntnis von der Absicht Japans, gegen die Uebergabe der Konzessionen in Kamtschatka und Nordibirien an die ausländischen Industrien zu protestieren, da dadurch die Rechte der Japaner auf den Fischfang in diesen Gebieten verletzt würden.

Der Prozeß gegen die französischen Gewerkschaftsführer.

Paris, 19. Dezember. Das Strafgericht in Paris beschloß gestern, das Urteil in dem Prozeß gegen den Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T.) am 18. Januar zu verurteilen.

Deutschland.

Die Wahlen in Preußen

Der Reichspräsident hat verordnet, daß auf Grund der §§ 6 und 38 des Reichswahlgesetzes der Tag für die Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein auf den 20. Februar festgesetzt wird. Im Haushaltswirtschaft der preussischen Landesversammlung erklärt Ministerpräsident Braun, für die Regierung habe der 20. Februar als Wahltag für die preussischen Landtagswahlen fest. Er teilte ferner mit, daß die Staatsregierung grundsätzlich beschlossen habe, die Neuwahlen für die Provinzialparlamente und Kreistage an demselben Tage wie die Wahlen zum Landtage stattfinden zu lassen.

Rückgängigkeit des deutsch-schwedischen Handelsvertrages. Die schwedische Regierung hat den deutsch-schwedischen Handelsvertrag für den 16. März 1921 gekündigt.

Reichstag.

Berlin, 18. Dezember.

Das Haus ist fast leer. — Am Regierungstisch: Koch. Die Genehmigung zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Abg. Dr. Levo (Rom.) wegen Ankaufs von Arzneimitteln und angeblichen Verkaufs ins Ausland wird nicht erteilt.

Das Gesetz betr. die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgeräten wird ohne Aussprache angenommen. — Die Vorlage über die Verlängerung der im § 105 des Betriebsvertrages vorgesehenen Frist (Betriebsbilanz) wird nach kurzer Befürwortung durch den Abg. Most (D. Sp.) in allen drei Lesungen angenommen. — Ebenfalls angenommen wird der Gesetzentwurf betr. Verlängerung der Verjährungsfrist des Seeverkehrsgesetzes.

Es folgt die zweite Beratung des Pensionergänzungsgesetzes. Abg. Dr. Kütz (Dem.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Eine Änderung erfolgt bezüglich der Altersgrenzen. Die Regierungsvorlage sah 50 Prozent vor, der Ausschuss hat 100 Prozent festgelegt. Im übrigen sind die Altersgrenzen den Neupensionären gleichgestellt.

Ein Regierungsvorsteher stellt die finanziellen Konsequenzen fest. Im laufenden Jahre bestehen 4 1/2 Milliarden Pensionen; im nächsten Jahre werden auf 7 1/2 Milliarden steigen. Die Kosten dieses Gesetzes, die nach der Regierungsvorlage 900 Millionen ausmachen, kommen noch hinzu. Wenn die Gleichstellung der Alt- und Neupensionäre durchgeführt wird, kommen weitere 500 Millionen jährlich dazu. Es wäre zu empfehlen, lieber die Regierungsvorlage anzunehmen, bis sich die finanzielle Lage übersehen läßt.

Abg. Hoß (Soz.): Das Gesetz soll kein Ausgleichsgesetz sein, sondern ergänzend und regelnd wirken. Die Regierung war sich von vornherein nicht klar, was geleistet werden kann und was geleistet werden muß. Es ist wohl richtig, daß bei jeder Neubestimmung des Staatshaushalts die Papierflut steigt und die Wirtschaft verschlechtert wird. Dadurch werden Kreise geschädigt, die heute schon sehr schlecht daran sind, wie z. B. die Empfänger der Altersrenten u. s. m. Die Gerechtigkeit erfordert, daß nicht denen zuzugestimmt wird, die heute ohnehin besser stehen, als

die kleinen Beamtengruppen. Unmöglich wäre aber die Bevorzugung der Kriegsteilnehmer, weil viele Beamte, die nicht Kriegsteilnehmer sind, trotzdem durch den Krieg empfindlich geschädigt wurden. Der Ausgleich soll nicht nur für Beamte, sondern auch für Arbeiter und Angestellte geschaffen werden.

Präsident Voße erhebt die Redezeit mit Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung ihre Redezeit zu beschränken. Abg. Solmann (USP.): Das Gesetz hat viele Mängel. Wenn unsere Anträge abgelehnt werden, dann stimmen wir dem Antrag Müller-Franken (Soz.) zu. Den Antrag Gallwitz (Dnat.) lehnen wir ab, denn er bedeutet eine große Ungerechtigkeit. Desgleichen die Anträge Irmborn-Stresemann. Wir erheben uns gegen unsere Verbesserungsvorschläge.

Abg. Dr. Kütz (Dem.): Für uns ist das Gesetz eine selbstverständliche Notwendigkeit.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Es ist unmöglich, den Antrag Gallwitz in das Gesetz aufzunehmen. Wenn Sie § 2 in der vom Abg. Gallwitz vorgelegenen Form annehmen, dann müssen Sie auch die sogenannte Kampflage in die Hinterlassenenbezüge rechnen. Das wäre aber sowohl unrichtig wie außerordentlich schwer. Ich bitte deshalb um Ablehnung des Antrages. Für die Erweiterung der Pensionsbeschlüsse, für die alle Parteien eintreten, wird Ihnen nach Weihnachten eine neue Steueranlage präsentiert werden. Ich hoffe auch dann das Einverständnis aller Parteien zu finden.

Abg. Eckardt (Rom.): Die Lage der Kriegsschädigten und der Hinterlassenen ist eine außerordentlich schlechte. Wir stimmen deshalb für das Gesetz und für alle Verbesserungsanträge. In der Abstimmung werden darauf die Anträge der Koalitionsparteien und der sozialdemokratischen Anträge auf Streichung des § 8 (1/2fache Anrechnung der Kriegsdienstzeit) angenommen. — Dagegen werden die Anträge von Gallwitz (Dnat.) und Brüninghaus (D. Sp.) über die Kampflage, sowie sämtliche Abänderungsanträge der Unabhängigen und Kommunisten gegen die Stimmen der jeweiligen Antragsteller abgelehnt.

In der sofort vorgenommenen dritten Lesung wird das Gesetz mit den Veränderungen der zweiten Lesung ohne Aussprache einstimmig angenommen.

Es folgt die erste und zweite Beratung der Anträge über die außerordentlichen Beihilfen für die Invalidenrentner.

Abg. Bruchardt (USP.) verweist darauf, daß die soziale Frage das brennendste Problem der Gesellschaft ist. Staat, Reich, Gemeinden, Versicherungsanstalten sind durch die Kriegspolizei bankrott. Die Regierung ist der Kommis der herrschenden kapitalistischen Gesellschaft, wie es der frühere sogenannte Herrscher war, der das Wort von der gefüllten Kompositivhülle prägte. Die Schüssel ging in Scherben. Die Armen werden von Behörde zu Behörde verwiesen. Keine kann helfen. Das Reich verlagert seine Hilfe. Ein Regierungsvertreter erklärte im Unterausschuß: „Die Not ist groß, sie wird noch größer werden“. Dennoch keine Reichsmittel zur Verfügung zu stellen, bedeutet das wahr machen, was Professor Gruber in München sagte, nämlich 15 Millionen Menschen verdoxen zu lassen. Der Rückgang der an und für sich täglich steigenden Zahl der Invalidenrentner, das Hinabsinken der Zahl der Witwenrenten zeigt, daß das Massenelend bereits begonnen hat. Hier müssen Regierung und Parteien gezwungen werden, Farbe zu bekennen, ob sie helfen wollen. Ihre Anträge liegen in der Richtung. In der Kommission wurde festgestellt, daß durch den Rapp-Ruß die Hilfsaktion für die Sozialrentner unterbrochen worden ist. Die Sozialrentner mögen sich dafür bei den Rappisten bedanken. Das Reich hat für Sozialrentner keinerlei Mittel zur Verfügung, wohl aber für Kriegsspielerrenten. Durch Verdoppelung der Beiträge wird den Rentnern eine kleine Hilfe gebracht. Wirkliche Hilfe wird den Rentnern erst zuteil werden, wenn die Arbeiterschaft die politische Herrschaft antritt. Daß die Regierung und die kapitalistische Gesellschaft den Rentnern nicht helfen will und kann, geht daraus hervor, daß sie nur leben kann auf Grund der Verelendung der Massen. (Beifall bei der USP.)

Abg. Wolbenhausen: Der Entwurf bildet nur einen Anfang der Hilfe für die Sozialrentner. Bereits im Januar sollen die Beiträge ausbezahlt werden.

Abg. Bary (APD.): Die Landesversicherungsanstalt, die gleich den Gemeinden gezwungen wurde, Kriegsanleihe zu zeichnen, rechnet heute mit einem Defizit von 8 Mill. Mark. So wurde durch die Kriegspolizei der Helferrische usw. mit den Versorgungsgebern gewirtschaftet unter Zustimmung aller bürgerlichen Parteien, einschließlich der Mehrheitssozialisten. Die einmalige Aufwendung von einer Milliarde Mark muß aufgebracht werden, um so mehr, als für völlig unproduktive Posten, z. B. für den Sekretariat, Milliarden hinausgeworfen werden. Wir wollen eine einmalige Beihilfe und eine laufende Zuwendung von 20—50 Mill.

In der Abstimmung wird die Vorlage — in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Erlaß von Verordnungen für die Zwecke der Uebergangswirtschaft (Ermächtigungsgesetz). Danach kann die Regierung mit Zustimmung eines Reichstagsausschusses von 28 Mitgliedern wirtschaftliche Uebergangsverordnungen erlassen. Der Rechtsausschuß beantragt, daß zur Beschlußfassung des 2er Ausschusses eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein soll und daß die Verhandlungen öffentlich sein sollen. Die Koalitionsparteien beantragen dazu, die Zweidrittelmehrheit nur für die Einführung oder Aufhebung von Bewirtschaftungen anzuerkennen.

Abg. Bipinski (USP.): Meine Fraktion hat sich bereits gegen die Vorlage ausgesprochen. Die Rechtsgültigkeit des Gesetzes wurde auch vom Reichstag angezweifelt, weil eine Reihe von Rechten, die nur dem Reichstag zustehen, einem Ausschuss überwiesen wurde. Die Mitglieder der Kommission sind zugleich Vertreter der Agrarier und der Großkapitalisten.

Abg. Hertzfeld (Kommunist): Das Gesetz ist wirtschaftlich von größter Bedeutung. Jeder, dem es erst mit der Verfassung ist und dem die Rechte des Reichstags wertvoll sind, wird es mit uns abnehmen. Die Reichstagslage ist augenblicklich so, daß die Regierung zu entscheiden hat, ob hier eine Verfassungsänderung vorliegt oder nicht.

Abg. Waldstein begründet den Antrag auf Öffentlichkeit und Zweidrittelmehrheit im 2er Ausschuss.

In der Abstimmung wird das Gesetz mit dem Koalitionsantrag gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Es folgt die erste und zweite Beratung über die beschleunigte Veranlagung zum Reichsnotopfer. Verbunden wird damit ein Antrag Müller-Franken (Soz.) und der andere Parteien, der Vorarbeiten über die beschleunigte Veranlagung enthält.

Ein Antrag Dr. Becker-Essen (D. Sp.) will die Gefährdung der „Notwendigkeit“ auch erweitert sehen auf die „Notwendige Weiterentwicklung“. — Ein Antrag Dr. Helfferich (Dn.) fordert u. a., daß die Bestimmung, wonach der überschüssende Teil bis zum 1. Mai 1922 zu zahlen ist, gestrichen werden soll. Ferner soll die beschleunigte Einzahlung nicht verlangt werden von solchen Abgabepflichtigen, deren Vermögen nicht über 200 000 Mk. und deren Jahreserwerb nicht über 10 000 Mk. beträgt.

Abg. Dr. Helfferich (Dn.) begründet diese Anträge in längeren Ausführungen und kommt dabei auf die Vorgänge im Ausschuss zu sprechen. Der § 1 hat auch in der etwas abgeänderten Form keinerlei Notwendigkeit. Für eine beschleunigte Veranlagung wollen wir die Möglichkeit geben, nicht aber für eine beschleunigte Steuerbescheidung, denn dazu muß der Steuerpflichtige erst gehört werden. (Zuruf des Abg. Hildebrand (Soz.): Sie wollen die ganze Sache sabotieren. — Widerspruch.) Wir hatten bei dieser Ansicht eine recht gute Gesellschaft, die wir jetzt allerdings über Nacht verloren haben. (Helfferich links und rechts) — Zurufe von den Koalitionsparteien. Die Regierung hätte aus dieser Frage auf keinen Fall eine Regierungskrise machen dürfen. Nebenher begründet dann in längeren Ausführungen seine Ansicht, daß die Zwangsanleihe der bessere Weg gewesen wäre. Für die im Kabinett selbst der Finanzminister geklimmt hatte.

Finanzminister Dr. Wirth: Ich erlaube um Zustimmung zur Vorlage der Regierungsparteien. Gegenüber den Ausführungen des Reichstagspräsidenten war es eine Sache der Regierungsparteien, sich im Ausschuss zu entscheiden. Die Behauptungen des Herrn Abgeordneten Hue im Ausschuss, als ob die Landwirtschaft zum Reichsnotopfer nicht genügend herangezogen würde, trifft nicht zu. Ich bin der Ueberzeugung, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei der Industrie keinen Gewinn bringen wird, weil das keine Rechts-, sondern eine Ermessungsfrage ist. Das gehört nicht in das Gesetz, sondern in die Anweisungen für die Finanzämter. Für die Schonung der Kleinrentner bin ich gern bereit. (Beifall.) Der Antrag Helfferich geht jedoch zu weit. Darüber müssen wir erst im Ausschuss beraten. Es ist unbedingt eine politische Notwendigkeit ersten Grades, zur Tragung der Not des deutschen Vaterlandes auch den Besitz heranzuziehen.

Abg. Becker (D. Sp.) stimmt unter Polemik gegen die Linksparteien dem Gesetzentwurf zu.

Abg. Blund (Demokr.) weist auf die Notwendigkeit des Gesetzes hin und wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Helfferich. (Beifall.)

Abg. Braun-Münchberg (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Helfferich, der die Frage nur vom parteipolitischen Standpunkt aus betrachtet hat. (Sehr richtig!) Welchen Eindruck muß es in Brüssel machen, wenn wir offen dazuhin, daß die bestehenden Klassen keinen Zahlungswillen haben. (Sehr gut!) Die Zwangsanleihe würde an der Papierflut gar nicht ändern, sondern sie nur vermehren, da sie ja jederzeit in Banknoten eingewechselt werden kann.

Wir haben nichts gegen die Zwangsanleihe, aber sie kann das Notopfer nicht ersetzen. (Sehr richtig!) Wir wehren uns gegen jede Verschleppung, ganz besonders angesichts der erst recht drohenden Kapitalflucht. Ganz außer acht gelassen wird von den Rechtsparteien die Wirkung auf die Arbeiter und Angestellten und Beamten, die es einfach nicht verstehen, daß ihnen schon längst die Steuer direkt vom färglichen Einkommen abgezogen wird, während die bestehenden Schichten, die unter so unendlich viel besseren Lebensbedingungen leben, doch lange nicht bis an die Grenze ihrer Tragfähigkeit belastet sind und sich mit allen Kräften gegen eine solche Belastung wehren. (Beifall.) Diese Leute aber rechnen eben: „Ach in dreißig Jahren müssen wir erst zahlen, bis dahin kann sich mit Hilfe der Degeß viel ändern!“ (Sehr richtig links.) Nebenher wendet sich dann gegen die Bevorzugung der Landwirtschaft, die auch in diesem Gesetz wieder zum Ausdruck kommt, und verlangt ein Gesetz, das bestimmt, daß Grundstücke nur zu dem Preis verkauft werden dürfen, für dessen Wert sie besteuert sind. (Beifall links.)

Abg. Henke (USP.): Die Bourgeoisie beschließt im Parlament mit ihrer Mehrheit Gesetze, durch die die Arbeiter zu höheren Abgaben gezwungen werden, wie die Bourgeoisie selbst. Die Besiehenden werden veranlagt, nach der Deklaration von 1918, die Arbeiter dagegen müssen heute bereits das 6—7fache an Steuern zahlen, während die Löhne relativ zurückgegangen sind. Bei den Depositen-Banken und dergleichen Instituten häufen sich die Gewinne und Vermögen der Bourgeoisie an. Abg. Helfferich, der durch seine feine leichtfertige Finanzpolitik während des Krieges, den Staat heute vor den unabwendbaren Bankrott gestellt hat, tritt nun wieder als Kommis der Bourgeoisie zum Schutze der Profite auf. Schon während des Krieges hat er ihr Profite auf Profite zugeschoben, aus der großen Menge des Volkes hingegen durch allerlei Mittel Kriegsanleihe herausgeholt. Es muß unsere Aufgabe sein, Leute von der Sorte Helfferich hier unmöglich zu machen. (Sehr richtig! bei der Linken.)

Abg. Kuffe (Dnat.) und Abg. Dr. Meyer (D. Sp.) begründen in längeren Ausführungen ihre Vorklagen.

Nach verschiedenen Einzelbemerkungen wird das Gesetz unter Ablehnung der deutschnationalen Anträge und Annahme des zweiten Teils des Antrags Becker (D. Sp.) in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Abg. Lecht (Bayr. Sp.) beantragt Absetzung der beiden nächsten Gegenstände:

1. Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.
2. Unabhängige Interpellation (unabh. Antrag) über die Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland.

Auf Widerspruch des Abg. Ledebour (USP.) wird die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt. Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 177 Abgeordneten; das Haus ist beschlußunfähig.

Darauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 19. Januar 1921, nachmittags 2 Uhr; Kriegsschadengesetz, Kolonialschadengesetz, die noch ausstehenden Interpellationen.

Präsident Loeb teilt noch mit, daß der ehemalige Staatsminister Sivkovich (Dem.) neu in den Reichstag eingetreten ist. — Schluß 5 Uhr.

Von Nah und Fern.

Kraub auf offener Straße.

Saarbrücken, 18. Dezember. Auf offener Straße ausgeraubt wurde der Inhaber einer kleinen Geldwäscherei auf dem Nachhausewege in der Gärtnerstraße. Es stürzten drei Männer auf ihn ein, schlugen ihn zu Boden und entriß ihm seinen Geldbeutel, in dem sich folgende Summen befanden: 23 000 französische Franken, 28 Dollarnoten, 19 000 Mark Zwanigamarkscheine, 25 000 Mark Pfünzlamarkscheine, einige Tausend Mark kleine Geldscheine, 131 belgische Franken sowie einige Hundert Luxemburger Franken. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Wegen Stillschließens verhaftet.

Berlin, 19. Dezember. Unter dem Verdachte schwerer sittlicher Verfehlungen sind der etwa 30 Jahre alte Ingenieur und Motorenfabrikant Ewald Franz, ein vielfacher Millionär, und seine 22jährige Frau Hedwig auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Beide Eheleute, die seit etwa 15 Jahren verheiratet sind, luden junge Damen, die sie in der besten Gesellschaft kennen lernten, nach ihrer Wohnung ein. Dort sollen sie ihre Opfer durch betäubende Mittel, seltene Einwirkung und Gewalt ihren unstilllichen Zwecken gefügig gemacht haben.

Eisenbahnunfall in Oesterreich.

Wien, 20. Dezember. (TU.) Auf der Südbahnstrecke hat sich ein schwerer Eisenbahnunfall in der Nähe von Spielfeld ereignet, bei dem zwei Eisenbahnarbeiter getötet und etwa fünf Fahrgäste schwer verletzt wurden.

Erdbeben in Argentinien.

Buenos Aires, 18. Dezember. In der Provinz Mendoza sind 150 Personen während eines Erdbebens ums Leben gekommen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleißner in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Viller, Vorschau-Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

O-Typographie Scholtzhaus: Das System besteht aus nur 42 Zeichen und kann in 2—3 Stunden theoretisch erlernt werden. Die Lesung erfolgt durch die Stenographie-Scholtzhaus in durch viele Fraktionen erwiesen (Straßburger Post) Stenographie-Pibel 3 Mk. (Scholtzhaus Verlag, Postfach 5272, Leipzig 43 488, Leipzig). Unterrichtet durch Joh. Uhlig, Dürrenberger Str. 14, II r.

Buchhandlung Gustav Fock G. m. b. H. Marktgrafenstraße 6 empfiehlt ihr großes Weihnachts-Lager von Büchern, Jugendbüchern, Klassikern, Romanen u. Weihnachtskataloge gratis und portofrei.

KAUF HAUS BRÜHL

Billige Lebensmittel

zum Feste

Chateau du Gard (Bordeaux)	Inkl. Glas u. Steuer	Flasche	19.75
Ungsteiner Rotwein	"	Flasche	17.50
Maikammerer	"	Flasche	17.50
Edenkobener	Inkl. Glas u. Steuer 1/2 Flasche	8.75	1/1 Flasche 15.50

Obstwein

garantiert rein mit Zucker gesüsst

Apfelwein	Inkl. Glas u. Steuer	Flasche	8.00
Rhabarberwein	"	Flasche	10.05
Heidelbeerwein	"	Flasche	11.60
Heidelbeerwein süß	"	Flasche	13.05
Stachelbeerwein	"	Flasche	13.05
Johannisbeerwein	"	Flasche	13.05
Brombeerwein	"	Flasche	14.10

Frucht-Schaumwein

Apfelsekt	Inkl. Glas u. Steuer	Flasche	22.20
Schloss Ehrenberg Cabinet	"	Flasche	25.80
Schloss Ehrenberg Gold	"	Flasche	27.00

Kognak-Weinbrand ***	1/4-Liter-Flasche	49.00
Kognak-Verschnitt	1/4-Liter-Flasche	43.00

Punsche

Rotwein-Punsch inkl. Flasche	Flasche	32.00
Rotwein-Punsch	1/2 Flasche 29.00	1/1 Flasche 57.00
Schlummer-Punsch inkl. Flasche	Flasche	36.00

Alkoholfreier Punsch

Rum-, Arrak- u. Orangengeschmack	Flasche	7.00
Glühtrank „Lipsia“	Flasche	3.75

Reines Schweineschmalz	Pfund	19.50
Margarine	Pfund	14.20

Walnüsse	Pfund	9.00
Haselnüsse	Pfund	9.00
Feigen	Pfund	6.00
Johannisbrot	Pfund	5.00
Trockenmilch	Pfund	12.00

Kakao 19.75

garantiert rein
in 1/4, 1/2 und 1/1 Pfund-Paketen Pfund

Paraffin-Baumkerzen

weiß und bunt, 10, 12, 15,
20 u. 30 Stück im Karton

4.20

Höchstabgabe an jeden
Kunden 2 Pfund bzw.
2 Kartons Karton = 1/2 Pfund

Billige Kleidung!

Knaben-Leibchenhosen	20	24	27	30	Mk.
Knaben-Anzüge	50	65	80	bis 288	„
Knaben-Mäntel	68	72	90	bis 180	„
Jünglings-Kniehosen	36	39	47	57	„
Jüngl.-Jackett-Anzüge	125	150	175	bis 405	„
Jünglings-Ulster	110	148	189	bis 332	„
Herren-Hosen	50	68	78	bis 296	„
Herren-Winterjoppen	128	185	205	bis 268	„
Herren-Anzüge	275	300	375	bis 875	„
Herren-Ulster	190	240	428	bis 1075	„

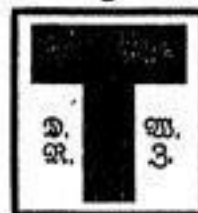
Herren-Pelzwesten 125
Gelegenheitskauf Mk. 125

Friedrich Treumann

Roßplatz 1, Eisenbahnstr. 78

Stets frisch

Pflanzen-
Margarine



anerkannt feinstes
leicht verdauliches
hochschmeckendes
Vegetarier-Erzeugnis

Thalysia

Paul Garmes S. m. b. H.
Neumarkt 40, Kochstr. 122
u. bekannte Verkaufsstellen.

Ohne Geld

nur durch monatlich. Miete
gelangen Sie in d. Besitzt v.

Beleuchtungs-Körper

Gaskocher, -Herde usw.
Leipziger Beleuchtungs-Zentrale
Nikolaistraße 25. I.

Gegen Würmer

hat sich **Wurmfeind** als
Robbalmittel für Gm. und
Kinder vorzüglich bewährt.
Nur echt König Salomo-
Apothek, Leipzig.

Von der Weihnachtsgabe der Buchdruckerei A.G.
für die Arbeiterschaft, ein

Künstlerischer Wandspruch:

Bekennnis zum Sozialismus

von Leopold Jakoby

gezeichnet von Gerhart Seger

sind noch in unserer Buchhandlung, Tauchaer
Strasse 19/21 und in sämtlichen Filialen für
Mk. 1.- zu haben.

**Der Wandspruch darf in keiner
Arbeiter-Wohnung fehlen!**

Familien-Nachrichten

Am Donnerstag, dem 16. Dezember, starben unsere
Kollegen:

der Angestellte **Karl Legler**

(Betriebsratsmitglied)

Leipzig-Connewitz und

der **Willy Leube**

Plattenevasser

Leipzig-Reudnitz.

Wir werden das Andenken dieser Kollegen stets
in Ehren halten.

W a r e n bei Leipzig, am 18. Dezember 1920.

Gesamtbelegschaft der Polyphonwerke Akt.-Ges.

Nach schwerem Leiden verstarb unser Kollege

Karl Legler

Die Organisation verliert in ihm ein tätiges Mitglied.

Wir rufen ihm ein „Ruhe lauft“ nach.

Zentralverband der Angestellten.

Groß-Leipzig U. S. P. D.

Nachruf
für gestorbene Mitglieder.

Alt-Leipzig:

Elsta, Wilhelm
Haase, Friedrich
König, Fritz
Krug, Jacob
Kirmse, Oskar
Kirbach, Kurt
Kogel, Hermann
Maß, Bernhard
Scheffel, Berta
Splintner, Robert
Schulze, Max

L-Ost:

Bergk, Otto
Bittner, Karl
Breustedt, Wilhelm
Darrstädt, Karl
Eberlein, Oskar
Glaß, Karl
Kellner, Charlotte
Laue, Emil
Mannteufel, Walter
Mähe, Selma
Mende, Max
Pretzsch, Ida
Schober, Paul

L-Thonberg:

Ganzert, Minna

Plagwitz-Lind.-Schl.

Anders, Paul
Bittner, Karl
Böhme, Gustav
Degenhardt, Karl
Escher, Joh.
Gasch, Otto
Hlawka, Franz
Klepel, Alfred
Koschel, Fritz
Kroupa, Marta
Oettler, Richard
Peter, Franz Paul
Pforte, Ernst
Schulze, Paul Rich.
Siegel, Robert
Wohlens, Frz. Ferd.
Wölkel, Ernst

L.-Kleinzschocher:

Böhme, Eduard
Fleischer, Emma
Kaiser, Bruno

L.-Gohlis:

Arnold, Paul
Schöbling, Georg

L.-Döllitz:

Rönsbach, Anna
Wille, Karl Otto

L.-Stötteritz:

Knoch, Joh. Friedr.
Minkwitz, Alwin
Quarg, Otto

L.-Mockau:

Capito, Reinh.
Freund, Arno

Böhlitz-Ehrenberg:

Hennelotter, Paul

L.-Connewitz:

Börner, Ernst Emil

Eythra:

Welchardt, Ernst

Wahren:

Walther, Erich

Leutzsch:

Ludwig, Max Ernst

Stahmeln:

Schott, Hermann

Lindenthal:

Klepzig, Alwin

L.-Möckern:

Manger, Otto

Ihr Andenken in Ehren!

Der Hauptvorstand.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. Dezember.

Parteiangelegenheiten.

Achtung! Heute abend Flugblattverbreitung. Die Flugblätter sind abzuholen in den bekannten Lokalen.

Thonberg-Sitzung. Die Genossen und Genossinnen, die sich an den bunten Abenden in Großschöcher im Gasthof Windorf, Endstation der Linie 1, beteiligen wollen, treffen sich Dienstag, den 21. Dezember, nachmittags 1/2 4 Uhr, an der Endstation der Linie 1.

Die Fahrpreispolitik der Leipziger Straßenbahn

Die Direktion der Leipziger Straßenbahn sendet der Presse einen Artikel, in dem die Frage behandelt wird, ob es günstiger wäre, statt die Fahrpreise zu erhöhen, sie herabzusetzen und dadurch die Benutzung der Straßenbahn und die Einnahmen zu steigern. Wir drucken den wesentlichen Teil des Artikels ab und empfehlen ihn sorgfältiger Beachtung. Vielleicht werden durch den Abdruck Fachleute angeregt, die Ausführungen der Direktion nachzuprüfen und gegebenenfalls bessere Vorschläge zu unterbreiten.

Die ungünstige Wirtschaftslage der Straßenbahn — für das laufende Wirtschaftsjahr ist mit etwa 17 Millionen Mark Fehlbetrag zu rechnen — ist zu einem großen Teile gerade dadurch verursacht worden, daß die Beförderungspreise niedriger gehalten wurden, als nach der außerordentlichen Steigerung der Ausgaben erforderlich gewesen wäre. Es sollte eben solange als irgend möglich versucht werden, durch im Verhältnis zu den Ausgaben niedrige Tarife eine möglichst hohe Frequenz und damit die zur Bekämpfung der Ausgaben erforderlichen Einnahmen zu gewinnen. Aber gerade die mit dieser Tarifpolitik gemachten Erfahrungen haben uns deutlich erkennen lassen, daß auf diesem Wege eine Gesundung der Straßenbahnfinanzen nicht zu erzielen ist. Es wird eben allzuoft übersehen, daß alle Einnahmen unter dem Gesichtspunkt einer Deckung der Ausgaben getroffen werden müssen. Wie diese sich entwickeln haben, dafür nur einige Zahlen:

Table with 4 columns: 1. Beförderung in Wagenkilometern, 2. Ingesamt beförderung aller Personen, 3. Einnahmen, 4. Ausgaben. Rows for 1910, 1918, 1919, and 1.4.1920 bis 31.3.1921.

Table with 4 columns: 5. Gesamtzahl der Beförderung, 6. Beförderung pro Wagenkilometer, 7. Einnahmen pro Wagenkilometer, 8. Ausgaben pro Wagenkilometer. Rows for 1910, 1918, 1919, and 1920/21.

Man beachte die rapide Steigerung der Ausgaben. Die Finanzlage wäre noch viel ungünstiger, wenn nicht in einer stärkeren Beförderung der Wagen, die zunächst angestrebt werden mußte, ein gewisser Ausgleich gefunden worden wäre. Dabei ist besonders zu beachten, daß die Wagenausnutzung (Beförderungsziffer) in Leipzig wesentlich geringer ist als in anderen Großstädten, so wurde die Beförderungsziffer in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Düsseldorf, Nürnberg, Breslau und den anderen städtischen Straßenbahnbetrieben für Juni dieses Jahres durchschnittlich 4,9 Fahrgästen pro Wagenkilometer ermittelt, während sie in Leipzig nur 3,4 Fahrgäste betrug!

Man beachte die rapide Steigerung der Ausgaben. Die Finanzlage wäre noch viel ungünstiger, wenn nicht in einer stärkeren Beförderung der Wagen, die zunächst angestrebt werden mußte, ein gewisser Ausgleich gefunden worden wäre. Dabei ist besonders zu beachten, daß die Wagenausnutzung (Beförderungsziffer) in Leipzig wesentlich geringer ist als in anderen Großstädten, so wurde die Beförderungsziffer in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Düsseldorf, Nürnberg, Breslau und den anderen städtischen Straßenbahnbetrieben für Juni dieses Jahres durchschnittlich 4,9 Fahrgästen pro Wagenkilometer ermittelt, während sie in Leipzig nur 3,4 Fahrgäste betrug!

Niemand wird zu hoffen wagen, daß etwa eine Rückkehr zum 50 Pfg.-Einheitsstarif eine höhere Beförderungszahl als seiner Zeit im 40 Pfg.-Tarif für einfache und 50 Pfg.-Tarif für Umsteigerfahrtscheine (März-April 1920) erwarten ließe. Dann würde aber die Wertpapieraufnahme bei einem Durchschnitt von 394 000 Fahrgästen nur 197 000 Mk. betragen, also etwa dem Wertpapierdurchschnitt beim bestehenden Tarif für die Zeit Mai/Oktober 1920 entsprechen. In jedem Falle wurden aber in den Monaten Mai/Oktober dieses Jahres durchschnittlich etwa 40 000 Mk. zugeflossen, und dieser Fehlbetrag beläuft sich jetzt wegen der Lohn-erhöhungen vom 1. Oktober und 1. November 1920 ab auf etwa 60 000 Mk. für jeden Betrag. Er würde noch bedeutend höher sein, wenn den Anträgen der Herren Stadtratsmitglieder wegen Wiederinbetriebnahme der noch stützigen Ausläufer einzelner Linien Kartagegeben werden sollte!

Ganz gewiß ist der Rückgang der Beförderungszahl in diesem Jahre nicht allein eine Folge der Tarifserhöhungen. Es spricht eine ganze Anzahl anderer Umstände mit: Die Fahrgäste haben sich wegen der Streiks bis zu einem gewissen Grade der Benutzung der Straßenbahn entzogen; die Witterung im Sommer und Herbst — vorwiegend schön und trocken — war der Knapptarife der Straßenbahn wenig förderlich. Vor allem aber hat gewiß die mit vorher nie gekannter Schärfe im Frühjahr einsetzende Wirtschaftskrise, der plötzliche Umschlag einer Hochkonjunktur in Arbeitslosigkeit in größtem Umfange, die Beförderungszahl verringert.

In welchem Maße sich ein weiteres Anspannen der Tarifschraube wirtschaftlich, das heißt unter dem Gesichtspunkt der Erzielung der höchsten absoluten Einnahme, noch rechtfertigen läßt, muß die Erfahrung lehren. Aus diesem Grunde hat der Rat der Stadt auch zunächst davon abgesehen, noch höhere Beförderungspreise festzusetzen, obwohl diese zur Deckung des Fehlbetrages geboten gewesen wären und rechtfertigt eine höhere Einnahme als ein Tarif von 80 Pfg. und 1 Mk. erwarten ließen. Von der Leitung der Straßenbahn wird aber nicht bezweifelt, daß der vorgeschlagene neue Tarif Mehreinnahmen im Vergleich zum bestehenden erwarten läßt, zumal Leipzig damit erst Tarife einführt, die anderwärts bereits bestehen oder überschritten sind. Hierbei sei nur an Berlin erinnert (80 Pfg.-Einheitsstarif ohne Umsteiger), an Dresden (einfache Fahrt 80 Pfg. und 1 Mk., Umsteiger 1.20 Mk.), an Düsseldorf, Dortmund, Bochum-Gelsenkirchen usw. mit Entfernungsstarifen, bei denen 70—75 Pfg. die untere Grenze mit einer weit darüber hinausgehenden Staffelung bilden. In Mannheim-Dudmigsbafen ist beschlossene, von einem 50 Pfg.-Einheitsstarif mit Staffelung bis 1.25 Mk. zu einem Mindeststarif von 1 Mk. mit Staffelung bis zu 1.50 Mk. überzugehen.

Die großstädtischen Straßenbahnbetriebe stehen unter derselben Angunst ihrer wirtschaftlichen Lage. Wenn teilweise die Fehlbeträge noch nicht die Höhe erreichen wie in Leipzig, so wird dies von jenen Verwaltungen in der Hauptsache daraus zurück-

geführt, daß man sich anderwärts schneller als hier zur Einführung ausreichend hoch bemessener Tarife entschlossen und so von vornherein die Entstehung so erheblicher Fehlbeträge vermieden hat.

Beförderungszahlen wie etwa 1919 mit 158 1/2 Millionen Fahrgästen werden in absehbarer Zeit nicht wieder zu erwarten sein, weil sie durch die Folgen der Demobilisierung (Militärfahrtscheine zu 10 Pfg.) stark beeinflusst und durch den im allgemeinen hohen Beschäftigungsgrad in der Industrie im vorigen Jahre begünstigt worden sind. Selbst wenn man aber die höchste Beförderungszahl in Friedenszeiten aus dem Jahre 1913 (Iba, deutsches Turnfest, Weihe des Kaiserlichdenkmal) mit rund 136 Millionen Fahrgästen einer Rechnung zugrunde legen wollte, so würden sich bei einem Durchschnittspreis selbst von 60 Pfg. nach Abzug der erheblichen Verkehrssteuer nur etwa 77 Millionen Mark Einnahme erwarten lassen, während nach dem augenblicklichen Stand mit etwa 81 Millionen Mark Jahresausgabe gerechnet werden muß.

Was im besondern die Sonntagszuschläge betrifft, so haben sie bewirkt, daß seit ihrer Einführung die Sonntags- und Feiertags-Verkefahreinnahmen um einen nicht unerheblichen Betrag übersteigen, während vor ihrer Einführung das Verhältnis umgekehrt war. Sonntags- und Feiertagszuschläge erbringen zusammen eine Jahres- und Feiertags-Verkefahreinnahme von nahezu 5 Millionen Mark und, was besonders bemerkenswert ist, die Einnahmen aus dem Feiertagszuschlag haben stärker zugenommen, als die Gesamteinnahmen. Wie gering die vermutete Unterbindung des Verkehrs' beispielsweise durch die Feiertagszuschläge gewesen ist, geht daraus hervor, daß der Verkehr in den feiertagspflichtigen Stunden nur um 2 Prozent stärker, nämlich um 27 Prozent zurückgegangen ist, gegen 25 Prozent in den Tagesstunden. Würde durch Aufhebung der Zuschläge auf deren Ertrag von rund 5 Millionen Mark Einnahme verzichtet werden müssen, so müßten die allgemeinen Beförderungspreise um mindestens 5 Pfg. erhöht werden.

Die Verstaatlichung des Palmengartens.

Die Palmengarten-Altiengeellschaft ist schon seit langer Zeit nur noch mit Hilfe der Stadt vor dem Bankrott bewahrt geblieben. Immer von neuem mußte die Stadt Zuschüsse leisten, so daß im Stadtratskollegium schon öfter die Forderung nach Verstaatlichung des Unternehmens erhoben wurde. Jetzt ist die Verstaatlichung soweit gediehen, daß die Gesellschaft den Konkurs heranzutreten muß, wenn die Stadt nicht erneut helfend eingreift. Die Unterbilanz vom vorigen Jahre beträgt über eine halbe Million. Dazu kommen 180 000 Mk. Fehlbetrag für das letzte dreiviertel Jahr. Deshalb ist die Gesellschaft an die Stadt mit dem Ersuchen herangetreten, das Unternehmen in Eigentum der Stadt zu übernehmen. Die Stadt will auch den Palmengarten verstaatlichen unter den Bedingungen, wie sie damals bei der Übernahme des Zoologischen Gartens durch die Stadt den Aktionären gewährt wurden. Nach diesen Bedingungen müssen die Aktionäre auf alle Rechte aus ihren Aktien verzichten und erhalten dafür 10 Jahre lang freien Eintritt in den Palmengarten. Wahrscheinlich wird er aber schon vorher zu einem Volkspark umgewandelt. Die Aktionäre haben diesen Bestimmungen zugestimmt. Es bleibt nun noch notwendig, die Zustimmung der Obligationäre einzuholen, denen 25 Prozent geboten werden. Die Warengläubiger sollen 75 Prozent erhalten. Da Obligationäre und Warengläubiger bei einem Konkurs sicher noch weniger bekommen würden, dürften auch diese mit den Bedingungen einverstanden sein.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Textilmesshalle auf dem Königsplatz. Zur Unterbindung einer Erweiterung der Textilmesse wurde beschlossen, Genehmigung zur Errichtung einer Textilmesshalle auf dem Königsplatz auf die Dauer von sechs Jahren zu erteilen. Die Kosten für den Bau und die erforderlichen Inneneinrichtungen werden von den beteiligten Kreisen selbst aufgebracht. Man verheißt sich nicht, daß die Forderung des Königsplatzes für den bezeichneten Zweck auf eine Anzahl von Jahren schwere Bedenken in städtebaulicher Hinsicht habe, war aber der Ansicht, daß diese Bedenken zurückzutreten müssen im Hinblick auf die hohe Bedeutung der Textilmesse, die unter allen Umständen in Leipzig festgehalten werden müsse und in Leipzig in anderer geeigneter Weise nicht untergebracht werden kann.

Zusatz- und Gewerbesteuer. Den Beschlüssen der Stadtratsmitglieder zu den Vorträgen über die Einführung einer Zusatzsteuer vom reichssteuerfreien Einkommensteuereinkommen und über Einführung einer Gewerbesteuer wurde beigegeben.

Stadtratswahlen. Da die Wahlzeit des Stadtrats Dr. Ing. a. e. Würing und des Stadtrats Dr. Werfel im April n. J. abläuft, wurde beschlossen, die Stadtratsmitglieder um die erforderlichen Wahlen zu ersuchen.

Für den Bau der Umpannanlage im Elektrizitätswerk Süd wurden zu den im vorigen Jahre bereits bewilligten 3920000 Mk. weitere 4105000 Mk. bewilligt.

Um die Notlage der Erwerbslosen zu lindern, beschloß der Rat, allen am 18. Dezember 1920 voll erwerbsfähigen Personen noch vor Weihnachten eine einmalige Spende als Restverteilung der im August und Oktober aus Reichs- und Staatsmitteln überwiesenen Sonderbeihilfen zu gewähren unter Nachprüfung der hierzu noch erforderlichen Beträge von 280000 Mk. aus städtischen Mitteln (Konto 18 Anlage 12). Es werden erhalten je 35 Mk. die ledigen, je 50 Mk. die verheirateten Erwerbslosen und je 5 Mk. die zuschlagsberechtigten Familienangehörigen.

Berufsberatung.

Der Städtische Arbeitsnachweis hat zwei Abteilungen für Jugendliche, denen die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung angeschlossen sind. Bei der Abteilung für männliche Jugendliche liegen im Jahre 1919 7182 Arbeitssuchende eingeschrieben; 478 offene Stellen wurden gemeldet und 3758 besetzt. Die weiteste große Zahl der Arbeitssuchenden, nämlich 3333, nahmen Stellen als Lauf- und Arbeitsburschen an. Die Abteilung der weiblichen Jugendlichen wurden von 4809 Arbeitssuchenden in Anspruch genommen, 4008 wurden verlangt und 3501 vermittelt.

Die männliche Berufsberatungsstelle ist von 814 Schülern, die meist in Begleitung ihres Vaters oder ihrer Mutter erschienen, besucht worden. Von 629 angemeldeten Lehrstellen konnten 388 besetzt werden, die sich auf fast alle Berufe verteilten. Bevorzugt wurden wieder die Lehrstellen im Schlosserberuf; 112 Schüler bewarben sich um Bauhilfsstellen und 82 um Maschinenhilfsstellen und Medizintechnikstellen, 86 bzw. 52 konnten in diese Fächer als Lehrlinge vermittelt werden. Buchdrucker und Seher wollten 42 Knaben werden, 41 wurden diesem Beruf zugeführt. Mehr als je 20 Knaben widmeten sich durch unsere Vermittlung dem Tischler-, dem Sattler- und Tapezier- und dem Schneiderberuf. Dem Goldschmied-, dem Buchbinder- und dem kaufmännischen Gewerbe wurden je 10 und mehr Lehrlinge vermittelt. Alle übrigen Berufe erhielten weniger als 10 Lehrlinge; dem Kupferstecher-, Polier-, Kärzner-, Kürschner-, Tischler-, Glaser-, Lithographen- und Schriftgießergewerbe konnten überhaupt keine Lehrlinge zugewiesen werden.

Die weibliche Berufsberatungsstelle hat 358 Schülerinnen beraten und 108 in Lehrstellen gebracht; 37 sind von Schneidermeisterinnen als Lehrlinge angenommen; 14 widmeten sich dem Buchbinder- und 3 dem photographischen Gewerbe, 15 wurden Verkäuferinnen, 12 Lageristinnen, 4 Kontoristinnen, 3 Weibnäherinnen, 1 Gutschtöchterin und 12 Industriearbeiterinnen.

Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut. Die Vorstellung im Alten Theater: Einen Zug will er sich machen beginnt morgen Dienstagabend umfünfundvierzig Uhr. Einlass 7 Uhr. Am 1. Feiertag muß im Operetten-Theater bereits 1/2 3 Uhr begonnen werden. Die Theaterkommission.

Wo bleiben die billigen Weihnachtsäpfel? Vor einigen Wochen kündigte der Rat der Stadt Leipzig bei einer Aussprache im Stadtratskollegium an, daß er noch vor dem Weihnachtseste billige Äpfel an die Bevölkerung abgeben wolle. Wenn diese Äpfel noch auf den ohnehin dürftigen Weihnachtstisch gebracht werden sollen, dann müßte nun bald an deren Verteilung gegangen werden. Ober hat der Rat sein Versprechen schon ver-gessen?

Eine Sitzung der Stadtratsmitglieder findet am Mittwoch, dem 22. Dezember, abends 6 Uhr statt. Das Kollegium wird noch über den Haushaltsplan beraten; es stehen noch unter anderem auf der Tagesordnung: Konto 6 Schulamt, Konto 28 Städtische Arbeitsanstalt. Außerdem wird das Kollegium beraten über eine Eingabe wegen Änderung der Ortsbauordnung hinsichtlich der offenen Bauweise, über die Neuordnung des Mädchenfortbildungsschulwesens, über die Einrichtung einer städtischen Beamten-schule, über die Rückübernahme des Rates wegen Überführung der Schule für Frauenberufe in die Reihe der höheren Schulen, über die anderweitige Festsetzung der Straßenbahnfahrpreise usw., über die Errichtung einer Arbeits-Verschulung, über die Rückübernahme des Rates wegen Rückführung des Schulgeldes an den höheren und gewerblichen Schulen, über die Errichtung des Ausstellungsgeländes an der Reitzenhainer Straße für die 28. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.

Für die freitragenden Metallarbeiter gesammelt beim Bezirksvergnügen der Arbeiter-Fußballspieler am 11. Dezember im Volkshaus 127.80 Mk.

Britenabgabe an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Die Kosten der Abgabe von zunächst 2 Zentner Briten an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene beginnt am Montag, dem 20. Dezember 1920, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, und zwar zunächst nur an solche Personen, die im Besitz einer roten, braunen oder grünen Bezugskarte des Ortsamtes für Kriegerversorgung sind. Außerdem sollen die Inhaber der blauen Karte mit den Anfangsbuchstaben A—G am gleichen Tage ebenfalls mit 2 Zentnern beliefert werden.

Die Abgabe geschieht nur gegen Vorzeigung der Bezugskarte des Ortsamtes für Kriegerversorgung. Die Ausgabestellen befinden sich:

- 1. für die in Gohlis, Crottitzsch, Möckern, Neustadt, Volkmar-sdorf, Reuditz, Modau, Sellenhausen, Schönefeld, Unger und Thonberg Wohnenden auf dem Eisenburger Güterbahnhof, Anschlußgleis der Firma Hermann Mah u. Co., Kottitzstraße 16;
2. für die im Innern der Stadt, Südvorort, in Connewitz, Köhlig, Döllitz, Stötteritz, Probstheida, Böhsen, Marienbrunn und Stütz Wohnenden auf dem Bayerischen Bahnhof, Anschlußgleis der Firma Hermann Mah u. Co., Köhligstraße 13a;
3. für die in Lindenau, Plagwitz, Schleißing und Kleinschöcher Wohnenden auf der Ladestelle Plagwitz-Lindenau, Anschlußgleis der Firma Hermann Mah u. Co., Elisabethallee, Ecke Jahnstraße. Sätze sind mitzubringen. Die Briten müssen an dem bestimmten Tage abgeholt werden, andernfalls würde die zur Ausgabe kommende Menge verfallen. Die Belieferung der übrigen Karten wird später erfolgen.

Amliche Fahrkartenausgabe beim Verkehrsverein. Mit Rücksicht auf die Weihnachtseste bietet uns der Verkehrsverein, nochmals auf seine Fahrkartenausgabe aufmerksam zu machen, bei welcher Fahrkarten 1.—3. Klasse nach allen Stationen Deutschlands und den größeren Stationen der benachbarten Länder, zu den amlichen Preisen zu haben sind. Der Vorteil des Bezugs der Fahrkarten beim Verkehrsverein besteht darin, daß diese schon jetzt bezogen werden können, aber mit dem Datum des Reisetages versehen werden und von diesem Tage ab noch eine vierwöchige Gültigkeit haben. Es sei auch nochmals die Versicherung des Reisegepäckes empfohlen. Zur Weihnachtszeit um so mehr da die Möglichkeit des Verlusts bei dem starken Verkehr eine um so größere ist. Die Gebühr beträgt bei 1000 Mk. Wertanlage 6 Mk. Auch auf die erst seit kurzer Zeit verkehrenden, nicht im Winterfahrplan enthaltenen Züge sei nochmals aufmerksam gemacht und zwar: Schnellzug nach München über Hof-Regensburg mit Anschluß nach Nürnberg und nach Wien über Passau, ab Leipzig 10 Uhr 5 Min., dieser Zug hat Schlafwagen. Personenzug 10 Uhr 50 Min. abends nach Halle, 10 Uhr 55 Min. abends nach Jena.

Einkaufszentralen für Kriegsoffer. Vom Internationalen Bund für Kriegsbeschädigte wird uns geschrieben: Das Tagesgespräch ist in letzter Zeit die Einkaufszentrale für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Die Bekannmachung in den Tageszeitungen haben den Anschein erweckt, als sei sie amlich. Die Nachforschung hat aber ergeben, daß das Unternehmen rein privatkapitalistisch ist, mit dem Mantel der Nächstenliebe umgeben. Der Inhaber und Gründer der Zentrale ist ein Herr Römer, Inhaber eines Export- und Importgeschäfts. Herr Römer gibt an, den Kriegsoffern nur erstklassige Ware zu billigen Preisen zu liefern. Inwieweit das zutrifft, werden wohl alle beurteilen können, die bereits dort gekauft haben. Der Herr gibt ferner an, für sein angelegtes Kapital 7 Prozent für sich zu beanspruchen. Der verbleibende Reingewinn, nach Abzug seiner Prozente, Gehälter, Miete, Reklame und sonstiger Unkosten soll der sozialen Fürsorge überwiesen werden. Herr Römer beschäftigt in der Einkaufszentrale nur Kriegsbeschädigte oder Kriegsinter-bliebene, doch dürfen sie keiner Kriegsbeschädigtenorganisation angehören, die ihm nicht paßt. Er selbst nimmt für sich das Recht, einer Organisation anzugehören, in Anspruch. Denn Herr Römer ist Mitglied des Einheitsverbandes. Es sind ihm alle Kriegsopfer angenehm, die sein Geschäft unterstützen, als Beizeitsleiter bekämpft er alle, die nicht dem Einheitsverband angehören. — Darum Kriegsopfer, die Augen auf, seht euch die Geschäfte an, wo ihr kauft. Stärkt die bereits für die Arbeiterschaft bestehenden Konsumgenossenschaften. Dort kauft ihr billiger und gut.

Reife für die Gegenstände des Weihnachtbedarfes hat das städtische Wirtschaftsministerium festgesetzt. Für die Christ-bäume in den Großstädten gelten nachstehende Preise im Kleinhandel: Nichten bis 2.50 Meter hoch dürfen nicht über 6 Mk. kosten, gute Qualitäten bis 7 Mk. Tannen bis 2 Meter hoch dürfen nicht über 12 Mk. kosten, gute Qualitäten bis 14 Mk. In kleineren Städten müssen die Preise naturgemäß niedriger sein. Baumtannen dürfen nur in Verkehr gebracht werden, wenn auf der Außenseite die Verwendung in deutscher Weile die Firma und der Kleinverkaufspreis sowie das Gewicht angegeben ist. Der Kleinverkaufspreis für Parafinbaumtannen beträgt für das Doppelbündel 4.20 Mk., für Stanzbaumtannen für das Doppelbündel 7.20 Mk. Gute Kugeln sind nicht festgesetzt; sie werden durch die örtlichen Verkaufsstellen einer ständigen Kontrolle unterzogen. Kugeln werden im Kleinhandel mit 12 bis 14 Mk. für das Pfund große und mit 20 bis 27 Mk. für kleine festgesetzt. Für Kufe ist als angemessener Preis angenommen worden, ein Pfundverkaufspreis von 6 Mk. für aus-gewasene Kufe 7.50 Mk. Das Gramm kostet demnach 1 1/2 Pfg., beim Bezug vom Bäcker erreicht eine Erhöhung auf 2 Pfg. für das Gramm Kufe zulässig. In den 13 städtischen Speiseanstalten belief sich in der Woche vom 8.—11. Dezember die Speiseabgabe auf 24 942 Maßgelten gegenüber 25 742 in der Woche zuvor.

Die Straßen- und Hausnummern für die Deutsche Kinderhilfe am 11. und 12. Dezember haben, wie man uns schreibt, 144 430,10 Mk. ergeben. Außerdem sind etwa 4000 Mk. in Gestalt von Briefmarken und fremdem Gelde vererbmacht worden. Die Unkosten (Anschaffungen, Blumen usw.) belaufen sich auf ungefähr 10 000 Mk.

Elternabende. 20. Volksschule. Mittwoch, den 22. Dezember, 7 Uhr, im Gasthof L.-Stilg Weihnachtsaufführung. — 45. Volksschule. Dienstag, den 21. Dezember, 7 Uhr, Weihnachtsfeier. — 51. Volksschule. Dienstag, den 21. Dezember, 7 1/2 Uhr, im Schulsaal Beethovenfeier.

Lebensmittelkatalog für Dienstag, den 21. Dezember.

Für Haushaltungen.
Anmeldung. Teigwaren: Letzter Tag — abzugeben 10 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q (125 Gramm).
Ausgabe. Büchermilch: Letzter Tag — bestellt mit 17 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q, Hilfsmarken S 1/3 der Lebensmittelkarten für Kinder bis zu zwei Jahren, Reihe R 2.
Ausländisches Weizenmehl: Letzter Tag — bestellt mit 16 E und K der Lebensmittelkarte Reihe Q (100 Gramm).
Ausländisches Weizenmehl für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene: Buchstabe B.
Büchermilch für Arbeitslose: Buchstaben F-K, 9-3 Uhr, Schlachthof, Eingang Altenburger Straße neben der Fettverteilung.
Fett für Arbeitslose: Nr. 3001-3000, 2-5 Uhr im Schwaamt II (Schlachthof).

Für Händler.
Butter: Bezugsartenablieferung.

Polizeinachrichten.

Wer kennt den Toten? Am 18. d. M., abends gegen 11 Uhr, hat sich in der Nähe des Brückenprengungsdenkmals am Rautstädter Steinweg ein etwa 22-jähriger Mann eine Kugel in den Kopf geschossen. Er hatte dies getan, nachdem er über das eiserne Gitter am Estermühlgraben auf den dort befindlichen Steinofen gestiegen war und einen zur selben Zeit dort Vorübergehenden zugerufen hatte, daß er das Opfer eines sogenannten amerikanischen Duells sei. In der Sanitätskammer, wohin der Schwerverletzte durch zwei hinzugerufene Beamte der 7. Polizeiwache gebracht worden war, ist er gestorben, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben. Sein Leichnam ist später nach der Anatomie gebracht worden. Der Tote ist 1,70 Meter groß, hager, schwarzhaarig und bartlos. Seine graue Unterhose ist „R. B.“ und sein weißes Taschentuch „B.“ gezeichnet. Er trug einen braunen, zweifarbigen Winterüberzieher, graubraunen Anzug, schwarze Schürzhose, einen weißen Kragenkragen mit schwarzen Streifen und einen grünblauen Selbstbinder. Angaben zur Ermittlung des Toten werden sofort an das Polizeiamt erbeten; die Leiche kann in der Anatomie besichtigt werden.

Nachmal zum Überfall am 8. Dezember auf die Gemeindevorstandswitwe in L.-Schönefeld. Wie erinnert, hatten am Abend des 8. Dezember zwei Burschen eine in L.-Schönefeld wohnende 70 Jahre alte Gemeindevorstandswitwe überfallen, als sie ihre Haustür geöffnet hatte, um ihren Hund auf die Straße hinauszu lassen, aber auf die Hilferufe der überfallenen Frau schleunigst die Flucht ergriffen und dabei ihre Mägen im Stich gelassen. Diese beiden Mägen, eine blaue sogenannte Schiffermilch mit Sturmlaternen, und eine schmutzgraue Sportmilch mit einem Stoffknopf auf der Mitte des Deckels, sind gegenwärtig in einem Schaufenster der Firma Wey Gebüder, Königsplatz, zur Besichtigung ausgestellt. Wer über die Eigentümer der Mägen Angaben machen zu können glaubt, wende sich sofort an die in nächster Nähe befindliche Kriminalpolizei.

Ein unstillbarer Bursche zu Nadel. Jener unbekanntes Radfahrer, der seit einiger Zeit in fast allen Stadtteilen Frauen und jungen Mädchen in der schamlosesten Weise gegenübertritt, sich dann auf sein Rad schwingt und davonfährt, um einer Festnahme zu entgehen, treibt noch immer sein Unwesen. Er wird beschrieben als etwa 28-30 Jahre alt, etwa 1,65 Meter groß, von mittlerer Statur und bekleidet mit grauem Anzug und grauer Sportmütze. In allen bisher angelegten Fällen hatte er ein Fahrrad bei sich. Für den Fall erneuten Auftretens des schamlosen Burschen wird erneut gebeten, alles zu tun, um seine Festnahme zu ermöglichen, damit ihm endlich sein unfauberes Handwerk gelegt werden kann.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus der Junst der Großschleber.

Wie die Rosenthal und Konsorten „gearbeitet“ haben.
Minister Schwarz hat am Freitag im Landtage Andeutungen gemacht, daß das Material gegen die Dresdner Schleber so belastend sei, daß Leute mit dem Hofratsitel wahrscheinlich ins Zuchthaus wandern müssen. Nähere Angaben sind mit Rücksicht auf die noch schwebenden Untersuchungen nicht gemacht worden. Aber die Dresdner Volkszeitung macht jetzt einige Mitteilungen, wie die schändlichen Parasiten am Volkskörper gearbeitet haben.

wirtschaftlich haben. Die Hauptwirksamkeit war Verschieben von Waren und Verteuerung durch Kettenhandel. Dabei wirkten in der Regel 4-6 dieser üblen Geschäftshüter zusammen. Einer kaufte die Ware beim Produzenten, um sie sofort dem zweiten zu verkaufen, der sie zu meist ungesäumt an einen dritten loszuschlug. Von diesem ging sie an einen vierten und fünften. Die Ware hat zu meist 4-5mal den Eigentümer gewechselt, war aber noch am Ursprungsort beim Produzenten liegen geblieben, dabei aber wesentlich teurer geworden. Auf solche Weise hatte man, um nur einen Fall anzuführen, 10 000 Kilogramm Haferstroh von 245 auf 300 Mk. für den Zentner gesteigert, ohne daß die Ladung auch nur verfrachtet worden wäre, ohne daß also Fracht und Spesen entstanden wären. Das Reitenhändlernetz hatte also allein an diesem Geschäft 11 600 Mk. verdient, ohne etwas getan zu haben. Armen Leuten, die die Haferstroh kaufen müssen, waren sie dadurch von 245 auf 3 Mk. für das Pfund gesteigert worden.

Das ist nur ein Fall, der aber typisch ist für das gemeingefährliche Treiben des Wuchergeschäfts. Der Kreis der Beteiligten wird übrigens immer größer. Das gesamte Vermögen des Hofrats Rosenthal ist beschlagnahmt worden, da die Teilbeschlagnahme nicht als ausreichend betrachtet wird.

Rosenthal wieder entwischt?

Am Sonnabend wurde gemeldet, daß Hofrat Rosenthal in einem Berliner Sanatorium aufgefunden worden sei und seine Verhaftung erfolge, wenn er „vernehmungsfähig“ sei. Dem Leipziger Tageblatt wird heute dazu aus Dresden gemeldet: „Die Verhaftung des Hofrats Rosenthal in Berlin scheint möglich zu sein. Wenigstens müßte man das nach dem behördlichen Schweigen annehmen. Die von uns um Auskunft erfragten Dienststellen verweigerten eine solche mit dem Hinweis auf ihren Dienst. Man glaubt offenbar der Sache nicht zu dienen, wenn man der Öffentlichkeit mitteilt, daß Rosenthal wieder einmal entwischt ist. Unser Meinung nach wäre allerdings eine mögliche Verbreitung einer solchen Tatsache geboten, da dies die Auffindung nur erleichtern könnte. Wenn aber Rosenthal wirklich verhaftet sein sollte, dann könnten wir erst recht keinen Grund einsehen, daß etwas verschwiegen wird.“

Ein Grund liegt, wenn die Interessen der Allgemeinheit gewahrt werden sollen, allerdings nicht vor. Aber diese Verheimlichung paßt ganz und gar in den Rahmen des behördlichen Vertuschungssystems. Ein Skandal ist an sich schon die ganze Rücksicht auf die angeblich angegriffene Gesundheit des Herrn Hofrats. Beim Betreiben seiner schamlosen Wuchergeschäfte war Herr Rosenthal sehr gesund. Sollte der Bursche wieder entkommen sein, so müßten alle diejenigen, die diese Möglichkeit geschaffen haben, zur Verantwortung gezogen werden, denn es läge hier eine Begünstigung vor, die einer Mitbeteiligung an den an der Gesamtheit verübten Verbrechen verdammt ähnlich sieht.

Neue Verhaftungen.

Wegen Verdunkelungs- und Kollisionsgeschäfte wurden die Mitbeteiligten der Firma Wareninhabergesellschaft Böttcher u. Co., die Kaufleute Hildebrandt, Böttcher, Junge und Zehner erneut verhaftet. Daß die Verhaftungen nötig waren, beweist der Umstand, daß Herr Hildebrandt, nachdem er nach seiner ersten Festnahme gegen Kautions wieder auf freien Fuß gesetzt worden war, sich sofort mit einer behördlichen Stelle in Borna in Verbindung setzte, um sie zu ersuchen, im Falle einer Anfrage nichts darüber anzugehen, daß er für bestimmte Geschäfte Provision genommen habe. Zufällig war jedoch ein Beamter des Landespreisausschusses gegen, der nun, auf diesen offenkundigen Verschleierungsversuch gestützt, erneut für die Verhaftung Hildebrandts sorgt.

Der sächsische Bergarbeiterkreis beendet.

Berlin, 18. Dezember. Heute tagte im Reichsarbeitsministerium das Schiedsgericht, das von Arbeitnehmersseite zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten im sächsischen Bergbau einberufen worden war. Nach mehr als zehnstündiger Verhandlung wurde einstimmig folgender Schiedsspruch gefällt: A. Von Beginn der Wiederaufnahme der Arbeit treten folgende Lohnerhöhungen in Kraft: 1. für Arbeiter über 20 Jahre eine Erhöhung von 1,75 Mk. pro Schicht; 2. für Arbeiter von 18 bis 20 Jahre und für weibliche Arbeiter eine Erhöhung von je 1 Mk. pro Schicht; 3. für jugendliche Arbeiter eine Erhöhung von 50 Pfg. pro Schicht; 4. für Verheiratete und alleinstehende Ernährer im Sinne der Deputationsberechtigung ein Hausstandsgeld von 2,50 Mk. pro Arbeitstag; 5. Erhöhung des Kindergeldes von 2 auf 2,50 Mk. pro Arbeitstag; B. für die Monate Oktober, November und Dezember bis zur Niederlegung der Arbeit werden zuerkannt für Arbeiter über 20 Jahre eine Erhöhung von 2,50 Mk. pro Schicht; 2. für Arbeiter von 18 bis 20 Jahre und für weibliche Arbeiter eine Erhöhung von je 1 Mk. pro Schicht; 3. für jugendliche Arbeiter eine Erhöhung von je 50 Pfg. pro Schicht. Die Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs bis 28. Dezember zu entscheiden.

Aus Dresden wird gemeldet:

Von der am Sonntag in Vichtenstein zusammengekommenen Konferenz der Bergleute des sächsischen Steinkohlenbezirks wurde der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums im sächsischen Bergarbeiterkreis angenommen. Es wurde beschlossen, die Arbeit am Montagmorgen wieder in vollem Umfange aufzunehmen.

„Löwen“ im Landtag.

Der Kämpfer schreibt: „Genosse Zippel erhält Geyers Mandat zum Landtag. Genosse Zippel ist als Linksunabhängiger gewählt worden. Die kommunistische Landtagsfraktion hat ihre volle Stärke erhalten. Neun Löwen sind unter den Bäckern.“

Befriedenheit war noch nie die starke Seite der Kommunisten. Aber dieser Vergleich ist wirklich zum Heulen. Aufs „Brüllen“ kommt's doch wahrlich nicht an. Und auch das haben sich die Kommunisten schon in den ersten Tagen abgewöhnt. Seitdem gleichen sie in ihrer Unbeholfenheit eher dem bekannten langohrigen „Grautier“, als dem König der Tiere.

Die Fahrer müssen wieder bezuhtet sein.

Die Ministerien des Innern und der Finanzen machen bekannt: Nach der Bekanntmachung der ehemaligen stellvertretenden General-Kommandos XII und XIX vom 5. Dezember 1916 durfte wegen des damals herrschenden Mangels an Beleuchtungsmittelein von einer Beleuchtung der Fahrer — mit Ausnahme von Kraftfahrzeugen — abgesehen werden. Da die Voraussetzungen dieser als vorübergehende Kriegsmaßnahme erlassenen Bekanntmachung weggefallen sind, wird die Bekanntmachung aus Gründen der Verkehrssicherheit hiermit aufgehoben. Die Bestimmung in § 2 Punkt 3 der Verordnung über den Radfahrverkehr auf öffentlichen Wegen vom 18. Oktober 1907 (S. 1. u. B.-D. Blatt S. 244), wonach jedes Fahrrad während der Dunkelheit und bei starkem Nebel mit einer leuchtenden Laterne mit farbigen Gläsern, welche den Lichtschein nach vorn auf die Fahrbahn wirft, versehen sein muß, tritt wieder in Kraft. Zuwiderhandlungen werden nach § 15 der vorbezeichneten Verordnung geahndet.

Sächsischer Landtag.

Dresden, den 17. Dezember 1920.

Vor Eintritt in die weitere politische Aussprache wurden einige kleine Sachen erledigt:

Eine kurze Anfrage der USP. wandte sich gegen den durch die Finanzämter beschlagnahmten

Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden

bei Festlegung der unteren Grenze für die Heranziehung des reichssteuerfreien Einkommens zu der gemeindefinanziellen Besteuerung

Ministerialdirektor Dr. Schulze erklärte, daß die sächsische Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß ihr kein Recht anstehe, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu beschränken. Sie habe aber, um den Gemeinden die Möglichkeit zu schaffen, die Situation in ihrem steuerlichen Interesse auszunutzen und ihrem Standpunkt Geltung zu verschaffen, beim Reich beantragt, die Frist für die Angelegenheit des Beschlusses über die Erhebung von Einkommensteuern für die Gemeinden um zwei Monate zu verlängern. Eine Antwort ist noch nicht eingegangen. Es sei deshalb den Gemeinden zu raten, ihre Entschlüsse sofort zu treffen. Die beschränkenden Bestimmungen, die das Reich für das Steuerrecht der Gemeinden getroffen habe, gelten nur für das Jahr 1920.

Eine Regierungsvorlage, die die Aufhebung des Höhenjahrestags und des Frühjahrsohntags forderte, wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Nachträglich teilten der Zentrumsmann und zwei andere bürgerliche Vertreter mit, sie hätten eigentlich gegen die Vorlage stimmen wollen.

Als Mitglieder des Stenenausschusses wurden Graupe (SPD.), Tünger (USP.) und Hofmann (Dnt.), und als Ersatzmänner Müller (SPD.), Granz (Kom.) und Dr. Häbschmann (D. Bp.) gewählt.

Aussprache über die Regierungserklärung

fortgesetzt.

Ministerpräsident Baur wandte sich gegen die Ausführungen Beutlers, Reichhammers und Dr. Senfers. Wenn ein Sturz der Regierung eintrete, so würde heute kein so großer Trümmerhaufen entstehen wie im Oktober 1918. Die Schattierung in der jetzigen Regierung ist nicht so groß wie die Schattierung der bürgerlichen Opposition von rechts bis zur Mitte. Das Programm der Regierung aber ist aus den staatlichen Notwendigkeiten geboren. Wir freuen uns, daß es gelungen ist, Handelsbeziehungen mit anderen Völkern anzuknüpfen und hoffen, daß wir durch die Weltwirtschaft in absehbarer Zeit die jetzigen Lasten nicht mehr zu tragen brauchen. Die Regierung wird alles tun, um Handelsbeziehungen auch mit Rußland anzustreben. Die planmäßige Sozialisierung ist ein Gebot der Stunde, und wenn in der Regierungserklärung Handwerk und Gewerbebetriebe nicht besonders genannt waren, so liegt das daran, daß wir ganz allgemein an alle Volksschichten appelliert haben. Der Mittelstand ist durch den Krieg in das Proletariat hinabgesunken und das leichte Massengeld kann selber niemand bannen. In der Landwirtschaft hat die Regierung ein eminentes Interesse; nur darf sie den Siedlungsgeboten nicht propagieren auf Kosten der Zerstörung der großen Güter. Es sollen zunächst die Truppenübungsplätze Heller und Zellhain zu Siedlungsweiden freigegeben werden. Der Redner ging speziell auf die Ausführungen Beutlers ein und bemerkte, die Sozialisierung sei eine geschichtliche Notwendigkeit geworden. Das Repräsentantentum an der Produkt-

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

IV

Am folgenden Tage sollte das große Meeting zu Ehren der russischen Revolution stattfinden, und Lizzie gab sich tatsächlich der Illusion hin, es werde ihr gelingen, Jimmie vom Besuch der Versammlung abzuhalten; deshalb hatte sie auch Herrn Drew zu Hilfe gerufen. Die arme Lizzie sah im Geist, wie alle Teilnehmer an der Versammlung ins Gefängnis geschleppt werden, oder aber wie Jimmie sich erhebt und etwas ruft, worauf die Polizei herbeistürzt und ihm mit Knüppeln den Schädel einschlägt. Vergebens versicherte er ihr, er werde nichts Romanischeres tun als Flugblätter verkaufen und den Leuten ihre Stiche anweisen; sie umschlang ihn bitterlich weinend mit beiden Armen, und da er nicht nachgeben wollte, erklärte sie, sie wolle mitgehen. Frau Drew würde wohl für diese eine Nacht die Babys zu sich nehmen.

Der alte Peter Drew sagte, auch ihn würde es interessieren, dem Meeting beizuwohnen. Er wird Lizzie und die Kinder im Einpänner abholen, die Kleinen bei seiner Frau lassen und dann mit Lizzie nach Dessau fahren. Sie werden mit Jimmie im Opernhaus zusammenkommen, wo er tagsüber schlafen helfen muß, und nach dem Meeting werden alle drei zusammen heimfahren. „Gut!“ rief Jimmie, der im Geiste den alten Mann bereits von revolutionärem Fieber erfaßt sah.

Doch ach, dieser schöne Traum ging nicht in Erfüllung. Zu Jimmies Entsetzen erschien der alte Farmer in einer verhassten blauen Uniform mit unzähligen Messingknöpfen. Alle starrten ihn an, waren um so verblüffter, als diese militärisch aussehende Persönlichkeit sich in Gesellschaft des Genossen Higgins befand. Der alte Knabe schaute sich interessiert um, blickte auf die Menschenmenge, auf die roten Abzeichen der Männer, die roten Schleifen und Schärpen der Frauen, die ungeheure Fahne, von der rote Bänder herabhängten, das Banner des Karl-Marx-Vereins, die Banner der Pfleiler, der Maschinenistengewerkschaft, der Holzarbeitervereinigungen und der Korporationen. Er wandte sich an Jimmie und fragte: „Wo ist die amerikanische Fahne?“

Der Lieberkranz lang die Marzellaise, und nachdem die Anwesenden Hurra gerufen, bis sie heiser und rote Taschentücher geschwenkt hatten, bis sie müde waren, hielt der Vorlesende, Genosse Gerritt, eine kurze Rede. Seit vielen Jahren hätten sich die amerikanischen Sozialisten eines Vergleichs bedient, um die Bedingungen ihres Landes zu schildern, dies gehe jetzt nicht mehr,

jenn Rußland ist frei, und Amerika wird, wenn es klug ist, seinem Beispiel folgen. Er stellte hiermit der Versammlung den Genossen Pawel Michailowitsch vor, der aus Newyork gekommen ist, um ihnen über das große historische Geschehen zu berichten. Genosse Pawel, ein schlanker, schwächlicher, gelehrt aussehender Mann mit schwarzem Bart und schwarz gerandeter Brille, sagte ein paar Worte auf russisch, und sprach dann, etwa eine Stunde lang, in zerkochtem Englisch. Er berichtete, wie die Russen ihre Freiheitskämpfe haben, und nun für die Befreiung des Weltproletariats wirken werden. Nach ihm ergriff Genosse Schulte von der Teppichweber-Gewerkschaft das Wort, und versicherte, es sei gar nicht nötig, mit Deutschland Krieg zu führen, denn auch den deutschen Arbeitern sei nunmehr der Weg zur Freiheit gewiesen worden, und sie werden ihn demnächst einschlagen; er wisse dies genau, weil sein Bruder Redakteur an einer sozialistischen Zeitung in Leipzig sei, und ihn über die inneren Vorgänge im Vaterlande auf dem Laufenden halte.

Nun kam Genosse Smith, der Redakteur des Arbeiter, an die Reihe, und nun fing das Unheil an. Der junge Redakteur verlor seine Zeit mit einleitenden Worten. „Ich bin ein internationaler Revolutionär, und keine kapitalistische Regierung kann mich zwingen, an ihren blutigen Schurkereien teilzunehmen. Ich lasse mich nicht ins Feld treiben, um Mit-Arbeiter zu werden, seien sie nun Deutsche, Oesterreicher, Bulgaren oder Türken. Die Herren von Wall-Street werden einsehen müssen, daß sie mit dem Versuch, freie Amerikaner auf die Schlachtbank zu schicken, den größten Irrtum ihres gemeinen Lebens begehen. Verstehen Sie mich recht, ich bin kein Pazifist, bin nicht gegen den Krieg, verlange bloß, den Krieg, in dem ich mitkämpfe, selbst wählen zu können. Gibt man mir ein Gewehr in die Hand, so werde ich mich keineswegs weigern, es zu nehmen, — gewiß nicht — seit langem haben wir uns, ich und meine Mit-Volkgenossen, nach Waffen geseht. Doch werde ich selbst beurteilen, gegen wen ich das Gewehr zu richten habe, ob gegen die Feinde vor mir, oder die Feinde in meinem Rücken, gegen meine Brüder, die deutschen Proletarier, oder gegen meine Unterwürigen, die Ausbeuter von Wall-Street, ihre Zeitungsfaktoren und militärischen Scharführer!“

Die letzten Sätze dieser Rede fielen wie Hammerschläge nieder, unter ihrer Wucht klang wider Beifall auf. „Dann aber ward sich die Zuschauerschaft bewußt, daß etwas Ungewöhnliches, Unerwartetes geschehe. Ein alter weißbärtiger Mann in abgefahener, blauer Uniform, erhebt sich von seinem Sitz, schreit und fuchelt

mit den Händen. Die neben ihm Sitzenden versuchen ihn auf den Sessel zurückzuschieben, doch widersteht er sich kräftig, hört nicht auf zu schreien, und ein Teil der Zuhörer verstimmt aus Neugierde: „Schämt euch! Schämt euch! Schämt euch!“ hörten sie ihn rufen. Er wies mit ältlichen Fingern auf den Redner: „Ihre Worte sind Hochverrat, junger Mann!“

„Stehen!“ — brüllte die Menge. — „Halten Sie das Maul!“

Der alte Mann aber wandte sich ihr zu: „Gibt es denn hier keine Amerikaner? Wollt ihr diesem schamlosen Verräter ohne ein Wort der Widerrede lauschen?“

„Erlische packen ihn am Kops, andre erhoben drohend die Fäuste, auf der andern Seite der Halle schnekte der wilde Bill empor, sprang auf seinen Stuhl und schrie: „Schneidet ihm den Hals ab, dem alten Idioten!“

Zwei Polizisten kamen durch den Mittelgang gelaufen, der „alte Idiot“ wandte sich an sie: „Wozu seid ihr denn hier? Ihr habt doch Amerikas Ehre und die amerikanische Flagge zu schützen!“ Die Polizisten jedoch verlangten, er solle schweigen und die Versammlung nicht stören. Da erhob sich der alte Mann und verließ schweren Schrittes die Halle. An der Tür blieb er stehen, schielte noch einmal der Versammlung die hoch erhobene Faust und rief mit seiner heiseren, gebrochenen Stimme: „Verräter! Verräter!“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Neues Theater (Fidelio). Am Freitag gab das Städtische Theater die Oper Beethovens zu Ehren des Meisters in feierlicher Aufführung. Das heißt das Haus war glänzend erleuchtet und ein Prolog verwies auf die Bedeutung des Tages. Diese Belagungen belagten freilich nicht viel darüber, ob diese Festvorstellung wirklich eine solche war. Man empfindet an solchen Tagen besonders schmerzhaft, daß die Veranstaltungen nur für die Besthenden da sind, denen ihr Geldbeutel die Zahlung der hohen Preise erlaubt. Uebrigens muß anerkennend hervorgehoben werden, daß Hans Natonek, der den Prolog verfasste, und Lothar Körner, der ihn sprach, die bei solchen Gelegenheitsaufführungen drohen, zu vermeiden wußten. Natoneks Worte fügten sich in ihrem Rhythmus dem Pathos der Feyer harmonisch ein. Die Aufführung verdient alles Lob und die neue Szenerie in ihrer spartanischen, stilisierten Einfachheit gab dem hohen Werte die ernste, das Wesentliche betonende Umrahmung.

H. B.

kon sei ein Unrecht, das durch eine jahrhundertelange Entfaltung nur den Schein eines Rechtes erhalten habe.

Arbeitsminister Jüdel machte einige Mitteilungen über den Kampf im sächsischen Steinkohlegebiet.

Die Regierung habe sich vom ersten Augenblick an bemüht, beide Parteien zu einer Einigung zu bringen und die Differenzen auf dem Wege des Ausgleichs aus der Welt zu schaffen. Mit Rücksicht darauf, daß bei der Differenzierung der Preise die sächsischen Werte bisher benachteiligt waren, habe die Regierung erklärt, kein Veto gegen eine geringe Erhöhung der Kohlenpreise einzulegen. Die heute in Hohenstein-Grenzthal fortgeführten Verhandlungen seien leider gescheitert. Sonnabendvormittag werde nun im Reichsarbeitsministerium ein Schiedsgericht gebildet, das sich weiter mit der Sache zu befassen habe.

Weiter polemisierte Jüdel in scharfer Weise gegen die Niethammerischen Angriffe auf den Achtstundentag und wendete sich gegen jeden Versuch, die Arbeitsszeit zu verlängern.

Minister des Innern Altmann zeigte, wie wenig berechtigt die Hoffnungen der bürgerlichen Parteien seien, die auf einen baldigen Sturz der Regierung gesetzt werden. Sollte wirklich eine der proletarischen Parteien in totaler Verkennung der politischen Situation der Reaktion durch Sprengung der Regierung Helfersdienste leisten, dann würde das nur dazu beitragen, daß der Appell an das Volk die Position für eine sozialistische Regierung färbte. Das Wohnungswesen sei nur zu befehligen durch Verstaatlichung der Baustoffe und Herabsetzung der Kosten für die Lebenshaltung. Die Landespolizei würde umorganisiert. In Wohnkämpfen dürfe die Polizei nicht eingreifen. Ueberhaupt müsse jeder Beamte auf dem Boden der Reichs- und Landesverfassung stehen. Andererseits sei den Beamten außerhalb des Dienstes volle politische Freiheit zu gewähren.

Kultusminister Fleißner: Die Mahnung, keinen Kulturkampf zu entfesseln, käme reichlich spät. Gerade von rechts sei gegen die Reichsverfassung der ärgste Widerstand entstanden. Der geistliche Einfluß in den Schulen müsse unbedingt eingebremst und die Kirche im öffentlichen Interesse ihrer Macht entkleidet werden. Bei Durchführung des Schulgesetzes komme es nicht allein auf die Bestimmungen an, sondern auch auf den Geist desjenigen, der die Bestimmungen anwende. Er sei fest entschlossen, jeden reaktionären Widerstand zu brechen. Das Kultus- und Unterrichtsministerium hat folgende Gesetzentwürfe in Vorbereitung: Auflösung der Schulgemeinden, Uebernahme der Volksschulasten auf den Staat, ein Hochschulgesez, ein Gesetz über die Trennung von Staat und Kirche, über die Religionsgesellschaften und über den Staatsbürgerlichen Unterricht. Die Entwürfe werden dem Landtag in nicht zu ferner Zeit zugehen.

Abg. Krat (SPD.): Mit den Rechtsparteien konnten wir bei der Regierungsbildung nicht zusammengehen, weil diese im Grunde verfassungsfeindlich sind und die Monarchie zurückhaben wollen. Bei der Regierungsbildung sind die Grundzüge der Demokratie nicht verletzt worden. Es galt lediglich, eine Mehrheit zusammenzubringen zum Kampfe zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Für die Beamten haben die Deutschnationalen jetzt plötzlich ihr Herz entdeckt. Die Zwangswirtschaft sei eine Folge des Krieges. Die konfessionelle Schule sei ein Zurückwärten in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges.

Abg. Dr. Maurenbrecher polemisiert unter starker Anruhe und zum Teil sehr lebhaften und drastischen Zwischenrufen zuerst gegen den Abg. Krat und wendete sich dann gegen das Regierungsprogramm: Wenn der Ministerpräsident sage, der Unterchied von Sozialdemokratie bis Kommunismus sei nicht größer als der Unterschied innerhalb der bürgerlichen Parteien, so müsse darauf hingewiesen werden, daß die Kommunisten bei der Vereidigung des Ministers auf die Verfassung sitzengeblieben seien, daß sie weiter gegen das Regierungsprogramm des Ministerpräsidenten gesprochen hätten, obwohl sie für seine Ernennung stimmten. Die gemeinwirtschaftliche Verwaltung, wie sie im Programm des Ministerpräsidenten dargelegt wird, sei unklar. Wir brauchen vor allen Dingen eine Hebung der Produktion, und das geschieht ganz gewiß nicht durch Sozialisierung. Ein sozialistischer Betrieb sei auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Der beste Ausweg sei die Beteiligung der Arbeiter am Gewinn. Der Redner wendete sich dann dagegen, daß in letzter Zeit mehrere sozial demokratische Gewerkschaftsbeamte in mittlere und höhere Regierungstellen eingerückt sind. Derartige Bevorzugungen müßten die Beamtenhaft verletzen. An Reden, wie der des Abg. Renner, dürfe der Staatsanwalt nicht vorbeigehen, wenn sie draußen auf dem Lande gehalten werden. Sei die Regierung überhaupt bereit, selbst den Landtag zu schützen gegen eine von links ausgehende Welle? Unter wachsender Anruhe hegte der Redner gegen das stilkliche Judentum, das an dem Wohnungswesen mit Schuld sei und verteidigte die hebräischen Auslassungen der deutschnationalen Jugend, bei denen man nicht alles auf die Goldwaage legen dürfe. Die monarchische Verfassung sei für uns die einzig richtige.

Unterrichtsminister Fleißner, der von Maurenbrecher als Kronzeuge aufgerufen worden war, legte mit knappen Sätzen die Grundlagen der marxistischen Auffassung dar, die Maurenbrecher zu einer Karikatur verzerrt hatte.

Wirtschaftsminister Schwarz ergreift dann das Wort zu dem Reichsdeputiertenrat und warnt, Partei für diese Personen zu nehmen. Die Staatsanwaltschaft habe so viel belastendes Material, daß jedenfalls auf Zuchthausstrafe auch gegen gewisse Sozialisten erkannt werden müsse.

Arbeitsminister Jüdel nahm die Arbeitslosen gegen einige herabsetzende und verdächtigende Bemerkungen Maurenbrechers in Schutz. Die Regierung werde alles aufbieten, um den Arbeitslosen zu helfen. Keine kommunistische Rede habe so verheerend gewirkt, wie die heutige Rede Maurenbrechers.

Dr. Hermann (D. Wp.) wendet sich gegen den Marxismus Ueber die Staatsform müsse das Volk selbst entscheiden. Wenn

es sich in seiner Mehrheit zum Volkstasertum bekennen würde so dürfe dies nicht verhindert werden.

Abg. Liebmann (USP.): Hinter dem Gerede der bürgerlichen Herren und der Liebe zur „wahren Demokratie“ verberge sich nur die Angst, die Regierung könne eine Politik treiben, die den bestehenden Klassen unangenehm sei. Lächerlich sei es, durch philosophische Erwägungen und Erörterungen den Sozialismus loszulegen zu wollen, wo jeder Tag von neuem bestätige, daß der Sozialismus überhaupt die einzige Form ist, den völlig bankrotten Kapitalismus abzulösen. Maurenbrecher, dem schon Bebel 1903 bewiesen habe, daß er von Marxismus keine Ahnung habe, sei der allerungeeignetste Interpret des Marxismus. Die Regierungserklärung stellt das klare sozialistische Programm dar, und es ist besonders zu begrüßen, daß die Arbeiterschaft nun eine Einheitsfront aufgerichtet hat, die dem Sozialismus zum endgültigen Siege verhelfen wird. Die Reden über Demokratie zeigten nur, wie sehr das Bürgertum die Einigkeit des Proletariats fürchte. Das sollten sich auch die Kommunisten überlegen. Die Zerspaltung der Arbeiterklasse sei der Revolution zum Verhängnis geworden. Der Wert der sozialistischen Regierungsbildung liege darin, daß der Versuch gemacht worden sei, die Arbeiterklasse zu einen. Wenn überall dem Beispiel gefolgt werde, dann werde es bald zu Ende sein mit der ganzen kapitalistischen Herrschaft. Die politische Macht könne nicht, wie die Kommunisten glauben errungen werden durch eine Handvoll energischer Kämpfer auf der Straße, sondern nur durch einen jähen Kampf des ganzen Proletariats gegen den Kapitalismus. Die Kommunisten machten sich die Politik zu leicht. Aber die Arbeiter werden zur Erkenntnis und zu einheitlichen Aktionen kommen, weil ihnen die Not auf den Nägeln brennt. Gerade der Kampf der bürgerlichen Parteien in dieser Stunde habe gezeigt, daß wir auf dem rechten Wege seien zum Sozialismus.

Dr. Dehne (Dem.) polemisiert hauptsächlich gegen die Kommunisten, unter Hinweis auf die russischen Verhältnisse.

Abg. Langrod (Kom.) kündigt an, daß seine Partei nächstens mit Forderungen kommen werde, die zeigen, was sie von einer sozialistischen Regierung verlangen.

Frau Wagner (SPD.) trat in warmen Worten ein für den Schutz der Frauen und Kinder.

Vor fast leeren Bänken wurde die Sitzung gegen 8 Uhr geschlossen, nachdem noch Abg. Wirth (SPD.) einen Ordnungsruf erhalten hatte, weil er Maurenbrecher die Bezeichnung „unwürdiger Mensch“ zugerufen habe.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaftsgegnern!

Die Leipziger Metallarbeiter haben den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses angenommen, so ungenügend die darin vorgesehenen Lohnaufbesserungen auch sind. Die Industriellen holen zu einem Schlage gegen die Organisation aus. Das Unternehmertum wittert Morgenluft. Sie hoffen, daß die Zerspaltung der Arbeiterschaft auf politischem Gebiet, die gegenseitige Bekämpfung der sozialistischen Bruderparteien auch die wirtschaftliche Front der Arbeiter zermürbt hat. Mit Maßregelungen und Entlassungen der Vertrauensleute der Organisation will man die verhassten Gewerkschaften schwächen, um dann den Arbeitern allerhand reaktionäre Bedingungen aufzuzwingen.

Diese Rechnung nach der Art von Reichensiedereien muß an der Wahnsinnigkeit der gesamten Arbeiterschaft scheitern. Die Metallindustriellen müssen erkennen, daß hinter den kämpfenden Metallarbeitern die gewerkschaftlich organisierten Proletarier von Leipzig stehen.

Aber es gilt, diese Solidarität auch durch die Tat zu beweisen. Deshalb rufen wir die Gewerkschafter auf, ihre Sympathie für ihre streikenden Klassengenossen zu beweisen und eine Sammlung für die am Kampfe in der Metallindustrie beteiligten Arbeiter vorzunehmen, die das Gewerkschaftskartell beschlossen hat.

So groß die Not der Arbeiter auch ist, so sehr die Tenierung und die Kurzarbeit auf ihnen lastet, hier gilt es zu zeigen, daß die gewerkschaftliche Einheitsfront fest und unerschütterlich steht. Marken sind sofort durch die Gewerkschaften zu entnehmen.

Gewerkschaftskartell Leipzig.
J. A.: E. Schilling.

Zum Streik in der Leipziger Metallindustrie.

Die Betriebsräte und die streikenden Metallarbeiter haben den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, trotz der Familienzulage und trotz der Tatsache, daß der Schiedspruch den Arbeitern nur 20 Pfg mehr Lohn zugesprochen hat, als die Unternehmer freiwillig zahlen wollten, angenommen. Die Unternehmer haben demgegenüber den Beschluß angelehnt, weil sie angeblich nicht in der Lage sind, alle Streikenden einzustellen. Am Montag, dem 18. Dezember, war diese Möglichkeit noch vorhanden, am 19. Dezember, also 6 Tage später, ist es unmöglich. Woran liegt das?

Am 10. Dezember sollten die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss stattfinden. Die Unternehmer sabotierten den Ausschuss, weil sie erlaubten, die Arbeiter würden am 13. Dezember

wieder in die Betriebe gehen. Die Gewerkschafter hatten aber geäußert, die Arbeiter kamen nicht einmal die paar Gelben hatten Lust zur Arbeit. Am 16. Dezember erfolgte ein neuer Sabotageversuch am Schlichtungsausschuss. Er gelang vorbei. Der Ausschuss mußte den Spruch fällen und die Unternehmer sind gezwungen, Farbe zu bekennen.

Die Leipziger neuesten Nachrichten schreiben, es läge Tarifbruch der Arbeiter vor. Das ist Schwindel! In der Metallindustrie besteht seit Ende Mai kein Tarif mehr. Alle Versuche zur Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss oder mit der Unternehmerorganisation scheiterten an dem „sozialen Verständnis“ der Leipziger Scharfmacher. Die Verhandlungen gehen seit Mitte Mai bis heute, ohne daß sie zu einem Abschluß gekommen wären. Die Langmut der Leipziger Metallarbeiter ist also beispiellos, sie machte bis jetzt aber auch alle Maßnahmen der Scharfmacher zunichte.

Bei den Verhandlungen pfeifen die Unternehmer ihr „soziales Verständnis“ bis zum Erbrechen an. Der „Kamlienvater“ war das A und das O derselben Unternehmer, die den Familienvater bisher rücksichtslos auf die Straße geworfen hatten. In ihren Betrieben war bisher von diesem sozialen Verständnis verneint wenig zu spüren, dort sind sie die Scharfmacher vom reinsten Wasser. Gerade die Firmen Bleidert, Pittler, Schetter u. Giesede, Ch. Mansfeld und Karl Krause prunten schon vor dem Kriege mit ihren „Wohlfahrtsvereinen“, schufen gelbe Werksvereine und hatten die niedrigsten Löhne in ihren Betrieben. Damals schon brachte ihnen ihr „soziales Verständnis“ Riesengewinne ein. Sie zwingen jetzt mit ihrer auf Terror aufgebauten Organisation den Arbeitern die schlechteste Lohnmethode auf und preisen dabei ihr gutes Herz.

Mit diesem ihrem „guten Herzen“ sparen sie gegenüber den Chemnitzer Lohnfähigen jede Woche 1 1/2 Millionen Mark allein an Lohn. Ihre soziale Fürsorge macht sich für sie bezahlt. Gleichartig zwingen sie die Arbeiter immer tiefer in das Elend und in den Hungertod hinein. Doch was tut's, sie haben in Hülle und Fülle. Und ihr Projekt ist ihnen die Hauptsache. Als und zu machen sie wieder einige Wohltätigkeitsfeste und machen in Kinderhilfe, um dem „Bruder Arbeiter“ zu zeigen, welche gute Menschen sie sind. Sogar das Ausland stellt das zarte Gewissen der deutschen Unternehmer fest und bestärkt ihnen, daß es immer größere Mengen von Champagner braucht, nur um sein Gewissen betäuben zu können. Selber fallen immer noch Arbeiter auf diesen sozialen Rummel hinein. Sie wollen nicht begreifen, daß dieser Rummel nur Sand in die Augen der künftigen öffentlichen Meinung ist.

Den Schiedspruch konnten die Unternehmer nicht verhindern, sie suchen seine Wirkungen nun auf andre Weise illusorisch zu machen. Dazu soll folgender Beschluß dienen:

1. Es ist die volle Arbeitszeit von wöchentlich mindestens 46 Stunden dort, wo volle Beschäftigung vorliegt, einzuhalten. Für Frühstück und Besper sollen dort, wo es von den Firmen verlangt wird, besondere Pausen eingeführt werden.
2. Jede bestreikte Firma stellt nach und nach ohne Vermittlung des Arbeitnachweises so viel und diejenigen Leute wieder ein, welche sie gebraucht, und zwar nach eigener Wahl.
3. Entlassenen Arbeiterratsmitgliedern stehen keine weitergehenden Rechte zu als den übrigen Arbeitern.
4. Verheiratete Leute sollen bei der Einstellung bevorzugt werden können.
5. Das Lohnabkommen gilt mindestens drei Monate.

Zu Punkt 1: Die Unternehmer versuchen eines der letzten Ueberbleibsel der Revolution zu beseitigen. Damals schufen sich die Arbeiter die Arbeitszeit, wie sie der Lage des Betriebes und den Verkehrsverhältnissen entsprach, zum Teil 45 Stunden pro Woche. Das soll jetzt beseitigt werden. Durch die Einführung von Pausen sollen die Arbeiter länger in den Betrieben gehalten werden. Die Verschiebung der Arbeitszeit ist nur möglich im Einverständnis mit den Betriebsräten. Jetzt wollen die Unternehmer die Verschiebung erpressen.

Bei Punkt 2 und 3 zeigen die Unternehmer ihre Maßregelungsabsichten. Sie wollen alle diejenigen auf die Straße sehen, die ihnen bei ihren reaktionären Bestrebungen immer entgegengetreten sind. Ein Teil der Betriebsräte soll ebenfalls nicht wiedereingestellt werden.

Zu Punkt 4 treten sie die Heuchelei auf die Spitze. Sie wollen den Eindruck erwecken, als ob die Organisation die Verheirateten auf die Straße bringen wollte, während gerade sie durch ihre Familienzulagen für die Zukunft einen größeren Teil der Familienväter der Arbeitslosigkeit überantworten. Wie verlangen das alle, auch die zur Zeit Arbeitslosen, in den Betrieben untergebracht werden müssen.

Durch den Punkt 5 wollen die Unternehmer die Arbeiter zwingen, für die nächsten drei Monate keinerlei Lohnforderungen zu stellen, ohne daß die Unternehmer, die ja durch ihre Regierung dazu imstande sein müßten, auf das sprunghafte Steigen der Lebensmittelpreise einzuwirken versuchen.

Die Unternehmer sagen kein Wort davon, daß die Arbeiter in ihr altes Arbeitsverhältnis eingesezt werden. So daß die Gefahr besteht, daß die Arbeiter nur die Einstellungsgebühne erhalten und im nächsten Jahre auch keine Ferien bekommen können.

Das alles haben die Unternehmer im Willen, beim Abschluß des Kampfes für sich herauszuholen. Deshalb müssen die Arbeiter jederzeit gerüstet sein, den Kampf mit andern Mitteln weiterzuführen, als er bis jetzt geführt worden ist. Soll dieser Kampf von Erfolg gekrönt sein, heißt es ausharren und ihn unter allen Umständen mit allen Mitteln.

Deutscher Metallarbeiterverband, Zahlstelle Leipzig.

Wir veranstalten bis zum heiligen Abend eine

Billige Weihnachtswoche

um auch Minderbemittelten den Einkauf praktischer Geschenke zu ermöglichen.

Beachten Sie unsere Schaufenster, Sie finden gute Ware zu billigen Preisen!

H. Hollentamp & Co. Leipzig

Brühl 28-32

Erstes Herrenbekleidungshaus

Ede Reichsstr.

Holzarbeiter.

In einer am 10. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung beschloß die Bevollmächtigte über den Abschluß von Tarifverträgen in den verschiedensten Branchen. Wohl seien Verbesserungen erzielt worden, doch bliebe aber vieles zu tun übrig. Mit den gewählten Tarifverträgen sei kein Ausgleich geschaffen zwischen der Höhe der Lebenshaltungskosten und den jetzigen Löhnen.

Zulagen sind vereinbart worden für die Kistenmacher, für die Gummidrehler, für die in den Straßenbahn-Verkehrlichen Beschäftigten, sowie auf zentraler Grundlage für die Bürstenmacher. Dergleichen wurde ein Abkommen getroffen für die Blinden Bürstenmacher in drei Leipziger Werkstätten. Ein neuer Vertrag mit einem Spitzenlohn von 6 Mk. wurde für die Korbmacher getätigt. An den Kollegen dieser Branche liegt es nunmehr, mit dafür zu sorgen, daß die tariflichen Abmachungen, die neben der Gewährung der Ferien von 8-12 Tagen auch sonst Beachtliches aufweisen, in allen Betrieben durchgeführt werden.

Da wir mit der Musikindustrie am Ort in keinem Vertragsverhältnis stehen, reichten auch dort die Betriebsräte im Auftrage der Belegschaften Forderungen in Höhe von 20 Prozent auf die bestehenden Löhne ein. Die hier erstmals geführten Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationsstellen führten zunächst nicht zu dem gewünschten Ergebnis, da auch die Leipziger Musikindustriellen mit der bekannten Familienzulage herausrückten, die für die Arbeiterschaft ganz inakzeptabel war. So sollten auch die Grundlöhne in völlig unzureichender Weise aufgeföhrt werden. Als die Arbeiterschaft ein so gerartes Angebot ablehnte, ließ das Unternehmertum, das seinen Betriebsräten bei der Begründung ihrer Forderung noch erklärt hatte, darüber könne nur von Verband zu Verband verhandelt und abgeschlossen werden, wieder alle bisherigen Gepflogenheiten in den Betrieben durch Anschlag bekanntmachen, daß sie sich ab 1. 1. 20 zu folgenden Zulagen entschlossen hätten:

Arbeiterinnen 10 Pfg. für jede geleistete Arbeitsstunde, ledige Männer 15 Pfg. für jede geleistete Arbeitsstunde, verheiratete Männer und Witwer mit Kindern 20 Pfg. für jede geleistete Arbeitsstunde.

Außerdem erhalten diese verheirateten Männer und Witwer mit Kindern für jedes Kind weitere je 10 Pfg. für jede geleistete Arbeitsstunde. — Sie betrachteten damit ihrerseits die Angelegenheit als erledigt. Erst auf das sofortige und entschiedene Vorgehen unserer Kollegen in den Betrieben, wobei es größtenteils während der gepflogenen Verhandlungen der Betriebsräte mit den Unternehmern zum geschlossenen Stillstand der Betriebe kam, ließ sich der Verband der Musikindustrie herbei, in neue Verhandlungen mit uns einzutreten, um ihren in den Betrieben ausgehängten Akt fallen zu lassen und ein neues Angebot von 60 Pfg. für alle Fach- und Hilfsarbeiter über 22 Jahre, 40 Pfg. für die unter 22 Jahre alten und 30 Pfg. pro Stunde für alle weiblichen Arbeiter auf alle bestehenden Löhne machen. Die Familienzulage sollte gänzlich wegfallen. Dergleichen wurde vereinbart, daß bis 1. 1. 1921 Durchschuß und Mindestlöhne festgelegt werden könnten. Eine Versammlung von Betriebsräten und Vertrauensleute stimmte diesen Abmachungen der Verhandlungskommission unter der Voraussetzung zu, daß ab 1. 1. 1921 eine Neuaufstellung der Löhne erfolgt.

Mit dem Schlußbericht für das deutsche Holzgewerbe, der den Reichstaxi als gültig hat, haben auf zentraler Grundlage ebenfalls Verhandlungen stattgefunden, deren Ergebnis nicht befriedigend war. Es sollen für alle über 22 Jahre alten männlichen Arbeiter auf den bestehenden Lohn 10 Prozent vom vertraglichen Durchschnittslohn gezahlt werden, die unter 22 Jahren alten, sowie sämtliche weiblichen Arbeiter dagegen nur 5 Prozent erhalten. Hierüber soll eine Versammlung der in den Tarifgebieten Beschäftigten Beschluß fassen, ob dieses Angebot als befriedigend angenommen werden kann oder nicht.

In der Diskussion wurde über die Anzulänglichkeit der Zulagen scharf Worte gebraucht. Von einer merklichen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Kollegen könne keine Rede sein. Den Kassenbericht vom 8. Quartal erstattet Kollege Kranz. Nach einer unwesentlichen Aussprache, in der gerügt wurde, daß noch immer Kollegen ihre Extra- und Volkskassamarken nicht geliebt haben, wird dem Kassierer auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlastung erteilt.

Sodann berichtet Kollege Räte von der Tätigkeit des Kartells, die eine sehr umfangreiche gewesen sei. In der sich anschließenden Diskussion wird dem Kartell zum Vorwurf gemacht, daß es in einer Reihe wichtiger Fragen versagt habe. So hätte man, als im Frühjahr d. J. die große Krise und der Abbruch der Produktionsmittel und deren Verschleudung nach dem Zustand einsetzte, die Arbeiterschaft über Ursache und Wirkung dieser Erscheinungen aufzuklären und zu weitergehenden Aktionen aufzurufen müssen, wie es bei den Kartells und Steuertrattensammlungen geschehen ist. Die Kartells, wie vom Be-

richtigkeitsrat nicht bestritten wurde, als völlig wirkungslos erwiesen hätten. Auch von der Aktion gegen den Schlichtungs-ausschuß habe man nichts mehr gehört. Schließlich wird ein Antrag vorgelegt, der verlangt, daß sich das Kartell, der Hauptvorstand und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die fünf Forderungen der Stuttgarter Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die sich damit an die gesamte Arbeiterschaft wandte, zu eigen mache. Festgesetzt wurde, daß Kartelle und Ortsgruppen auch anderer Industrien sich dem bereits ange-schlossen haben. Von anderer Seite wurde dieser Antrag als Ueberrumpfung bezeichnet und gewünscht, denselben in der nächsten Versammlung zu erörtern, wo auch die Kartellbelegierten gewählt werden sollen. Dem wurde stattgegeben.

Nach einer Aufforderung des Kollegen Hahn an die arbeitenden Kollegen, der arbeitslosen ausgeleiterten Kollegen zu denken, sich an der für diese veranstalteten Weihnachtsfeier teilzunehmen, die etwa acht Tage vor Weihnachten zur Aus-schaltung gelangen sollte, fand die Versammlung ihr Ende.

Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Leipzig.

Sitzung, Betriebsräte!

Im Januar 1921 beginnen neue Kurse über National-ökonomie; Lehrer: Genosse Jensen. Beginn der Vorträge abends pünktlich 7 Uhr. Dauer circa 12 Abende.

Für den Westbezirk am 3. Januar (Kursus IX)
" Nordbezirk " 4. " (" X)
" Ostbezirk " 5. " (" XI)
" Südbezirk " 6. " (" XII)

Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte, sowie Betriebsobmänner, die daran teilnehmen wollen, müssen sich umgehend bei ihren Organisationsstellen melden, unter genauer Angabe der vollständigen Adresse und der Arbeitsstätte. Nächster Termin: Dienstag, den 21. Dezember. Hörgeld beträgt 5 Mk. für die Literatur geliefert wird. Lokale werden noch bekanntgegeben.

Sammlung von Verordnungen und Gesetzen.

Unter diesem Titel gibt das Gewerkschaftskartell alle neuen Gesetze, Verordnungen und Ausschreibungs-kommunikationen heraus, die in das Gebiet des Arbeitsrechtes gehören. Alle Nachträge, Zulage und Veränderungen werden sofort nach Erscheinen nachgeliefert. Die Verordnungen, betr. Maßnahmen gegenüber Betriebsabwärttern und -hilfsgenossen vom 8. November 1920 nach dem Anfang dieser Sammlung und ferner von den Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären von ihren Gewerkschaften bezogen werden. Gewerkschaftskartell Leipzig.

Aus der Umgebung.

Bezirksverband Grimms.

Auf die Warenbezugskarten werden vom 23. bis 27. Dezember 1920 vorausgibt: Gegen Durchkreuzen der Marke R Nr. 9 auf die gelbe und weiße Kinderkarte gegen Durchkreuzen der Sondermarke R Nr. 8 200 Gramm Rubeln für 220 Pfg., auf die Nährmittelfarten 250 Gramm Weizengrieß für 95 Pfg., 1 Paket Reis oder Zwieback.

Hänchen. Die Gemeinderäte von Hänchen-Quasnitz hielten in Südhins Gastwirtschaft hier eine gemeinschaftliche Sitzung ab, in der verschiedene Fragen für die nächsten Dienstag, den 21. d. M., abends 7 Uhr, nach dem Gasthof zu Lühshena einzuberufende öffentliche Einwohnerversammlung beraten wurden. Als Referent wurde Gemeindevorstand Plämig-Hänchen gewählt, während Gemeindevorstand Jhunko-Quasnitz als Versammlungs-leiter fungieren soll. Ein im Laufe der Verhandlung aus der Mitte des Kollegiums gestellter Antrag auf Vornahme einer Urabstimmung wurde mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt, da diese Art den Ausdruck des Volkswillens nicht wiedergeben könne. Lediglich in der vorerwähnten Versammlung wird jedem Einwohner, der an dem Gemeindefleben Interesse zeigt, ungefährte, sachgemäße und unparteiische Aufklärung erteilt werden. Es verjähme daher keiner, diese sehr wichtige Versammlung zu besuchen. Alle von anderer Seite erteilten Auskünfte sind nur mutmaßliche und können die Einwohner nicht aufklären, daß dieselben sich für oder gegen das Vorhaben der Gemeindevertretung einschließen könnten. Der Gasthof in Lühshena ist deshalb als Versammlungsort gewählt worden, weil dort die

Garantie besteht, daß die Versammlungsteilnehmer einen gut geheizten Saal finden und sich bei der jetzigen Jahreszeit nicht der Gefahr einer Erkältung aussetzen haben.

g. Rötha. Aus dem Stadtparlament. Der immer mehr steigende Preis für das Leitungswasser hat den Stadt-gemeinderat veranlaßt, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie eine Verbilligung eintreten kann. Dieser Weg scheint jetzt gefun-den worden zu sein, denn der Bürgermeister gab in der letzten Sitzung bekannt, daß eine Verbilligung des Wassers eintreten würde, wenn sich die Stadt mit der Hebungsanlage direkt an das Starkstromnetz anschließen würde. Wenn jetzt bei Niederspannung ein Strompreis von jährlich 84 000 Mk. zu zahlen ist, so würde der Strompreis bei Hochspannung nur noch rund 45 000 Mk. pro Jahr betragen. Um diese Ermäßigung zu erzielen, ist es aber nötig, daß die Stadt eine eigene Umfökalisation baut. Dieser Bau soll, wenn der Beschluß hierzu noch im alten Jahre gefaßt wird, 46 000 Mk. kosten. Wenn dann für die Verbilligung und Ab-schreibung noch rund 7000 Mk. aufzuwenden sind, so würde immer noch ein Gewinn von rund 28 000 Mk. zu erzielen sein. Der Wasserpreis würde sich um rund ein Viertel, gegen jetzt, ermäßigen. Der Gemeinderat stimmt dem Umbau zu, so daß die Verbilligung des Strompreises ab 1. 12. 20 eintreten wird.

Die städtischen Arbeiter haben eine Lohnzulage von 50 Prozent ab 1. November 1920 rückwirkend erhalten mit der Bedin-gung, daß das beim Schiedsamt anhängige Verfahren juridi-gezogen wird. Sie erklären sich damit einverstanden. In der Sportplatzangelegenheit ist zu berichten, daß die Ritterschutz-weiung der Stadt ein geeignetes Gelände hinter der Gasanstalt zur Verfügung stellen will. Hoffen wir, daß der Plan zur Durch-föhrung kommt, denn auf dem Gebiete des Bewegungssports sieht es in unserer Stadt traurig aus.

Der wichtigste Punkt der Sitzung war unstreitig der Punkt über die Beschlußfassung wegen Heranziehung des steuerfreien Ein-kommens. Hierbei ist eine einheitliche Stellungnahme unserer Partei zu vermissen. Jede Vertretung hat andere Grundzüge für die Heranziehung festgelegt. Es wäre besser gewesen, unsere Partei hätte in Gemeindevorsteherkonferenzen Stellung zu dieser Frage genommen, denn dann hätte sich die Regierung unsern Beschlüssen anpassen müssen und es wäre unmöglich gewesen, daß durch Ver-züglung Sähe von 5000 Mk. für Ledige und 8000 Mk. für Ver-heiratete als steuerfrei gelten sollen. Unsere Genossen wollten die steuerfreien Einkommensteile heranziehen, aber dabei sollten 10 000 Mk. für Ledige und 15 000 Mk. für Verheiratete als Min-destgrenze gelten. Vom Bürgermeister wurde aber darauf hin-gewiesen, daß wir bei diesen Sähen keine Genehmigung unseres Ortsgebietes zu erhoffen haben. Wenn dieses der Fall sein sollte, so wäre es besser, die Regierung verfügt einfach, sonndsonst ist steuerfrei und die Gemeinden haben zu gehören. Wo bleibt denn dann die Selbstverwaltung? In der Praxis kommt es aber bei der jetzigen Reglementierung auf das gleiche heraus.

In der nächststündlichen Sitzung wurden noch Stiftungszinsen an Kranke und blinde Einwohner vergeben.

Wochenplan.

Neues Theater. Montag, 7 Uhr: Tannhäuser; Dienstag, 7 Uhr: Schirin und Gertraude; Mittwoch, 7 Uhr: Lohengrin; Donnerstag, 7 Uhr: Tiesland; Freitag geschlossen; Sonnabend, 8 Uhr: Caden; Sonntag, 8 Uhr: Der fliegende Holländer; Mon-tag, 7 Uhr: Madame Butterfly; Dienstag, 7 Uhr: Der Trou-badour.

Altes Theater. Montag, 7 Uhr: Die Jungfrau von Orleans; Dienstag, 7 Uhr: Einen Zug will er sich machen; Mittwoch, 8 Uhr: Der gefesselte Rater; Donnerstag, 7 Uhr: Der kategorische Imperativ; Freitag, 7 Uhr: Einen Zug will er sich machen; Samstag geschlossen; Sonntag, 8 Uhr: Der gefesselte Rater; 7 Uhr: Die Menagerie; Montag, 8 Uhr: Der gefesselte Rater; 7 Uhr: Der kategorische Imperativ; Dienstag, 8 Uhr: Der gefesselte Rater; 7 Uhr: Mit-Geldberg.

Neues Operetten-Theater. Montag, 7 Uhr: Russisches Ballett. 2. Akt Die Fiebermaus; Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, 7 Uhr: Russisches Ballett. 2. Akt Die Fiebermaus; Freitag geschlossen; Sonnabend, 7 Uhr: Die schöne Helena; 7 Uhr: Der letzte Walzer; Sonntag, 3 Uhr: Eine Nacht in Venedig; 7 Uhr: Der letzte Walzer; Montag, 7 Uhr: Der letzte Walzer; Dienstag, 7 Uhr: Der Bestsellubent.

Leipziger Schauspielhaus. Montag, 8 Uhr: Aschenbrödel. 7 Uhr: Zekaterina Iwanowna; Dienstag, 8 Uhr: Aschenbrödel. 7 Uhr: Amphitryon; Mittwoch, 7 Uhr: Zekaterina Iwanowna; Donnerstag, 7 Uhr: Amphitryon; Freitag geschlossen; Sonnabend, 7 Uhr: Aschenbrödel. 7 Uhr: Lumpaci vagabundus; Sonntag, 11 Uhr und 7 Uhr: Aschenbrödel. 7 Uhr: Lumpaci vagabundus; Montag, 7 Uhr: Aschenbrödel. 7 Uhr: Amphitryon; Dienstag, 7 Uhr: Aschenbrödel. 7 Uhr: Zekaterina Iwanowna.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Mit sofortiger Wirkung haben wir folgendes beschlossen:

§ 8 der Gebührenordnung für den Vieh- und Schlachthof vom 1. Juli 1918 erhält folgenden Wortlaut:

§ 8 a. Andere Gebühren.

- 1. Für die Benutzung eines Fleischhafens bis zu 24 Stunden mit einer Gebühr von . . . 50 Mk., für die Benutzung eines Küb-haushafens . . . 2.- Mk., für die Benutzung eines Hafens im Gefrierraum . . . 3.- Mk.,

2. Für die Benutzung eines Fleischwage-apparates und des Fleischwappes ist für jedes fertig gewiegte kg Fleisch eine Gebühr von 20 Pfg. zu entrichten.

3. Für jedes zur Verteilung kommende kg Fleisch ist eine Fleischverteilungsgebühr von 40 Pfg. zu entrichten.

4. Für jedes in den Stadtbezirk Leipzig ein-geföhrte und im städtischen Vieh- und Schlachthofe nicht geschlachtete kg Fleisch ist eine Ver-zahlungsbüher von 20 Pfg. zu entrichten.

5. Für jedes kg im Schlachthofe nicht ge-schlachtete Fleisch ist eine besondere Kübhaus-gebühr von 10 Pfg. zu entrichten.

§ 8 b. Absatz 1 der abgeänderten Vieh- und Schlachthofordnung vom 18. Dezember 1897 erhält folgenden Wortlaut:

Das Kübhaus ist zum Einbringen des im Schlachthofe erschlachteten oder in den Stadtbezirk Leipzig eingeföhrten Fleisches

so wie zur Aufbewahrung des Fleisches zu den vom Rate bestimmten Zeiten geöffnet.

III.

a) Die Entschädigungsbüher für beschlagnahmte Organe werden wie folgt festgelegt:

- a) eine Junge vom Rind (bisher die ganze Junge) . . . das Pfund 10 Mk.
- b) eine Leber vom Rind (bisher männlich 10 Mk., bisher weiblich 8 Mk.) . . . 60 Mk.
- c) Darm vom Rind (bisher 3 Mk.) . . . 20 Mk.
- d) Gefärs vom Rind wird nach Talpreis bezahlt.
- e) Leber vom Schwein (bisher 3 Mk.) . . . 40 Mk.
- f) Gefärs vom Schwein (bisher 2 Mk.) . . . 180 Mk.
- g) Darm vom Schwein (bisher 1 Mk.) . . . 5 Mk.

b) Die Beiträge für die Schlachtviehverföcherungsanstalt werden folgendermaßen festgelegt:

- 1. Vollbeiträge (für nichtschlächliche Tiere): a) für ein männliches Rind . . . 100 Mk.

- b) für ein weibliches Rind . . . 120 Mk.
- c) für ein Jungarind (b. 175 kg Leb.) . . . 50 Mk.
- d) für ein Schwein . . . 18 Mk.

2. Erziehungsverföcherungsbeiträge (für schlächliche Tiere):

- a) für ein männliches Rind . . . 50 Mk.
- b) für ein weibliches Rind . . . 60 Mk.
- c) für ein Jungarind (b. 175 kg Leb.) . . . 25 Mk.
- d) für ein Schwein . . . 9 Mk.

Leipzig, am 18. Dezember 1920. (Gel.-N. V.) Der Rat der Stadt Leipzig.

Warenverteilung.

Auf die Markt 19 E und K der allgemeinen Lebensmittelkarte Reihe K 125 Gramm Teigwaren (2.- Mk.)

Markenware-Verbraucher bis 21. 12., Klein-händler an h-männer bis 22. 12.

Bezugscheinabgabe 23. 12. in der üblichen Weise. Warenentnahme durch die Verbraucher bis 4. 1. 21. Ernährungsamt Leipzig, am 18. Dezember 1920.

U.S.P.D. Gross-Leipzig
Alt-Leipzig. Die Diskussionsabende der Frauen fallen bis Montag, den 3. Januar, aus. Die Vertrauensperson.

Zum Feste
empfehle billig:
Speck 15.- Pfund Talg 18.50 Pfund
Müller, L.-Volkmarisdorf, Kirchstr. 48.

In unserm Verlage erschienen:
Gerhart Seger
Kunst und Historischer Materialismus
Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung
Preis Mark 2.-
Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen
LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A.-G.
Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Straße 19/21

Wer zuletzt lacht..

An eine Person, die sich beschwert!

Sie schreiben uns:

Wenn mein Mann nachmittags nach Hause kommt, legt er sich aufs Sofa und liest. Das ist ja sein gutes Recht, aber es ärgert mich, wenn ich in der Küche wirtschafte, daß er alle Augen-blicke laut auflacht. Wenn ich reingeh und ihn frage, was er denn hat, sagt er bloß: „Lach mich in Ruhe, ich lese Zülfinger! — Was soll ich dagegen machen?“ Die Antwort ist einfach: Lesen Sie **auch Zülfinger!** „Zülfinger u. seine Zucht“ ist in der Buchhandlung und den Filialen der Leipziger Volkszeitung zum Verkauf von Mark 7.- zu haben.

...lacht am besten!

Metallarbeiter

Dienstag, den 21. Dezember, vormittags 1/10 Uhr
Bezirks-Versammlungen
für die Streikenden:

- Westen: Mächkers Festäle, Kleinjocher Wessendhallen, L.-Plagwitz Schwarzer Jäger, Leubsch
- Zentrum-Süd: Volkshaus, Zeiger Straße
- Norden: Goldene Krone, L.-Möckern
- Osten: Schützenhaus, L.-Sellerhausen Albergarten und Grüne Schänke

Abends 1/5 Uhr für alle noch in Arbeit stehenden Kollegen und Kolleginnen:
Zentrum-Süd: Volkshaus, Zeiger Straße
Osten: Grüne Schänke, Wurzer Straße Reichshafen, Elisabethstraße

Tagesordnung: 1. Bericht über die Maßnahmen der Leipziger Metall-industriellen. 2. Beschlußfassung hierüber.
Es ist Pflicht aller am Streik Beteiligten und noch in der Metallindustrie Beschäftigten, in diesen Versammlungen zu erscheinen.

